

## Telegraphische Depeschen.

\* Jena, 11. Mai. Heute Mittag brach in der Kaserne des Fußlitterbataillons des 5. thüringischen Infanterieregiments Nr. 94 Feuer aus, durch welches der Dachstuhl und die Kammern zerstört wurden.

Wien, 10. Mai. Die zwischen dem Vatican einerseits und Österreich und Russland andererseits abgewendenden Verhandlungen wegen Regelung der kroatischen Diözesanverwaltung versprechen ein befriedigendes Ergebnis. Die kroatische Diözese, deren österreichische und russische Theile bisher von zwei apostolischen Vicaren getrennt verwaltet worden, dürfte zum Erzbistum erhoben werden. Die diesbezügliche Verständigung wird als das Zeichen einer Annäherung zwischen dem Vatican und Russland betrachtet.

(N. Allg. B.)

\* Wien, 10. Mai. Wie die «Presse» meldet, haben sich die Regierungen von England und der Republik Nicaragua in einem zwischen ihnen schwelenden Streitfalle betreffend die Zahlung eines jährlichen Betrages von 5000 Doll. an die Mosquitos dahin geeinigt, in dieser Angelegenheit an einen Schiedsrichter zu appelliren. Gleichzeitig ersuchten die beiden gesuchten Regierungen den Kaiser von Österreich, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. Der Kaiser hat sich zur Annahme bereit erklärt.

Wien, 11. Mai. Mehrere offiziöse Communiqués bestätigen, daß in Ostrumeliens Verhübung eingetreten sei. Fürst Bogorides hat während seines Aufenthaltes in Konstantinopel mehrere Beamte ernannt und wird am 13. Mai in Philippopol eintriften, am 15. Mai die Verwaltung übernehmen. Tags darauf verläßt General Stolypin Philippopol. Die Proklamation des Gouverneurs wird die Einführung des neuen Status ankündigen. — Das wiener Exemplar behauptet, der Text der austro-türkischen Convention werde einer nochmaligen Revision unterzogen, deshalb sei bisher die Publication unterblieben.

(«Post».)

\* Madrid, 10. Mai. Der Anfang nach Cadiz ist entgleist; sechs Personen sind tot, mehrere Passagiere sind verwundet.

\* Paris, 10. Mai. Mehrere Abendblätter, namentlich die Journale «La Presse» in «La France», wollen die Meinung verschiedenheit wissen, die bei dem heute Vormittag stattgehabten Kabinettssitzung bezüglich der bei der Bulle über die Kammern nach Paris zu treffenden Borsicht in und haupt- olizeipräfectorur in Tag getreten seien.

\* Paris, 10. Mai abends. Entligene Ministerthe entstandenen Di en sollen so eister Natur sein, daß Bernd im Cabinet als unvermeidlich und unmittelbar bevorstehend betrachtet werden.

Paris, 11. Mai. Der schwere Fall des Verstosses gegen die militärische Disciplin, der sich vor einigen Tagen in Joinville-Le Pont ereignete, ist auf das härteste geahndet worden. Die Unterleutnants haben 30 Tage Kerker erhalten und sind auf zwei Monate von ihren Functionen suspendirt; die 10 Corporale wurden zu Gemeinen degradirt. — Grévy empfing eine Deputation der industriellen Städte der Normandie. Die Regierung wird allen Interessen gerecht zu werden suchen. (D. M.-Bl.)

\* Paris, 10. Mai. Die Agence Havas läßt sich auf Konstantinopel telegraphiren, die ägyptische Frage habe durch ein mit dem Khedive und mit Frankreich und England getroffenes Compromiß eine Regelung erfahren.

\* London, 10. Mai. Nach aus der Capstadt vom 26. April hier eingegangenen Nachrichten begibt sich General Chelmsford mit dem Generalstabe nach Utrecht. Der Bruder des Königs Setawo, Magneza, hat mit einigen Anhängern den Engländern seine Unterwerfung angezeigt.

\* London, 11. Mai. Nach einem Telegramm von Lloyd's Agentur aus Shanghai vom 9. Mai vormittags ist das Flaggschiff des Viceadmirals Coote auf chinesischer Station, die Panzerfregatte Iron Duke (Doppelschraube, 14 Geschütze) bei Shanghai auf Strand gerathen und sitzt fest.

\* Petersburg, 11. Mai. Großfürst Michael ist mit seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne, dem Großfürsten Nikolaus, heute nach dem Auslande abgereist.

\* Moskau, 11. Mai. Der hiesige Generalgouverneur, Fürst Dolgorukow, hat eine Verfügung in Bezug des Handels mit Waffen und des Besitzes

von Waffen erlassen. Dieselbe ist der in Petersburg erlassene Verfügung ähnlich.

\* Suharest, 11. Mai. Gegenüber den bei der Wahlpropaganda von gewisser Seite aus gegangenen Behauptungen, das Cabinet Bratiano hätte dem Auslande gegenüber Verpflichtungen hinsichtlich der die Stellung der Juden betreffenden Frage übernommen, veröffentlicht das amtliche Blatt ein Communiqué, in welchem erklärt wird, daß die Regierung keinerlei Verpflichtung übernommen habe. Weiter werden jene Behauptungen als Verleumdungen bezeichnet, welche geeignet seien, Ruhestörungen im Lande herbeizuführen und die Interessen des Landes zu gefährden.

\* Wien, 10. Mai. Meldung der Politischen Correspondenz aus Tirnowa von heute: „Der Fürst Dondulow-Korsakow, welcher von Livadia zurückgekehrt ist, wird sich am 13. Mai nach Sofia begieben. — Der Prinz von Battenberg soll morgen in Livadia eintreffen, woselbst derselbe auch die bulgarische Deputation empfangen wird, die zu diesem Zweck am 13. Mai dorthin reist. Anfang Juni wird sich der Prinz dann nach Konstantinopel begeben und von dort nach Empfang des Investiturberathes zur Eidesleistung nach Tirnowa kommen und die Regierung vom Fürsten Dondulow, welcher nach Russland zurückkehrt, übernehmen.“

\* Wien, 10. Mai abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Belgrad von heute: „Die europäische Grenzcommission hat sich nach Niš begeben. Dieselbe hatte zuvor wiederholte Besprechungen mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und mit dem Kriegsminister wegen Erweiterung der serbischen Grenze im topotischer Kreise. Infolge des Erfuchts der serbischen Regierung um Feststellung einer geeigneten Gebirgsgrenze behufs Verhinderung von Einfallen der Arnauten haben mehrere Grossmächte ihre Delegirten dahin instruiert, der Bitte der serbischen Regierung zu willfahren. Hiernach wurde Prepolac nach Serbien zugeschlagen.“

\* Athen, 10. Mai. In Acta haben Manifestationen zu Gunsten einer Vereinigung von Griechen mit Griechenland stattgefunden; die Manifestanten begaben sich vor das Gebäude des französischen Consulats und drückten der französischen Republik ihre Sympathien aus.

Leipzig, 12. Mai.

Die glückliche Rückkehr des Kaisers aus Wiesbaden, wo er zu seiner Erholung eine Zeit lang verweilte, in seine Residenzstadt Berlin ist zugleich ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß das kleine Unwohlsein, von welchem er infolge einer Erkältung in letzter Zeit befallen war, völlig wieder gehoben ist.

Der achtjährige Kampf im Reichstage, der sich um die Zoll- und Finanzreformfragen bewegte, ging am vorigen Freitag zu Ende. Wir haben denselben in seinen einzelnen Stadien verfolgt und charakterisiert, werden auch vielleicht noch auf einzelne Momente darin gelegentlich zurückkommen. Das Resultat der Abstimmung konnte, da bei der ersten Beratung einer Vorlage materielle Anträge nicht gestellt werden, kein anderes als ein formelles, auf die Geschäftsbehandlung bezügliches sein. Im vorliegenden Falle dürfte indeß die am Freitag vollzogene Abstimmung ein ziemlich sicheres Vorzeichen der definitiven Entscheidung des Reichstages in der Zoll- und Finanzfrage abgeben.

Es lagen zwei Anträge vor, der eine von national-liberaler Seite, der hauptsächlich darauf abzielte, die finanzpolitischen Fragen von den zollpolitischen zu trennen, der andere von der (schutzöllerischen) sogenannten „Freien volkswirtschaftlichen Vereinigung“ (Dr. Löwe und Genossen), der diese Trennung nicht enthielt, überhaupt eine andere Vertheilung des Stoffes zwischen Commissions- und Plenarberatung vorschlug.

Der erstere wurde verworfen, der letztere mit großer Mehrheit angenommen. Da sich nun diesmal, bei dieser formellen Vorfrage, in der Würdigkeit auch Abgeordnete wie Dr. v. Benujewski befanden, der bekanntlich für mäßige Schutzzölle, einschließlich eines mäßigen Betriebszolles, sich ausgesprochen hat, so steht, wosozu nicht etwa noch ganz besondere Wendungen und Wandlungen im weiteren Laufe der Berathungen eintreten, die Annahme der Vorlage wenigstens in ihren Hauptgrundlagen, vielleicht mit einigen Abminderungen im einzelnen, wol ziemlich bestimmt zu erwarten.

Am letzten Tage der vorigen Woche sind sodann noch zwei specielle Gegenstände der Zollreform in Berathung genommen worden, die Bransteuer und die Tabaksteuer. In der ersten erblicken die Regierungen neben dem finanziellen Vortheil einer Höherbesteuerung des Bieres (die doch nicht so hoch sein wird, um den Bierverbrauch ungebührlich zu beschränken) zugleich einen Schritt auf der Bahn zu der sehr wünschenswerthen Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland in dieser Materie, die bisher noch hier ganz anders geregelt ist als dort. Bei der Debatte wurde — wol nicht mit Unrecht — an die Höherbesteuerung auch des Branntweins gemahnt.

Die specielle Durchberatung des Bransteuergesetzes wird im Schoße einer Commission, der dasselbe übergeben werden, vorbereitet. Ob es zu einer solchen noch in der gegenwärtigen Reichstagsession kommen wird, scheint nicht ganz zweifellos. Die Beratung über das Tabaksteuergesetz hat am Sonnabend nur erst begonnen und wird bald vertagt, sodass sich ein Schluss auf die Stimmung des Hauses in Bezug auf diese Frage noch nicht ziehen lässt.

Die Gerichte, als ob Döllinger, der hervorragendste Führer der Ultratholiken, seiner Opposition gegen die Unschuldbartkeit entsagt und seinen Frieden mit Rom gemacht hätte, haben durch einen eigenhändigen Brief Döllinger's an ein italienisches Blatt eine vollständige Widerlegung gefunden.

In Österreich, wo mit der Session des Reichsrates auch die ganze Wahlperiode dieser hohen Körperschaft zu Ende geht und also Neuwahlen bevorstehen, scheinen sich verschiedene Neugestaltungen in der parlamentarischen Parteigruppierung vorzubereiten. Eine Elemente der sogenannten Verfassungspartei, die seinerzeit gegen die auswärtige Politik Andrassy's sich erklärt, sogar der Berliner Vertrag nachträglich verwarten, die „Hundertwölf“, scheinen sich zum Kern einer neuen Parteibildung machen zu wollen und haben ein langathmiges politisches Programm ausgegeben. Dem gegenüber erschien auch ein Programm der „Linken“. Gleichzeitig finden Annäherungsversuche zwischen der Verfassungspartei und den Czechen statt, zunächst wol, um letztere zum Eintritt in den Reichstag, soweit sie diesen bisher verweigert haben, zu bewegen. Welche Concessions man ihnen dafür bietet, bleibt abzuwarten.

Die französische Deputiertenfammet tritt am 15. Mai wieder zusammen. Sie wird sich alsbald mit zwei brennenden Fragen: der Wahl Blanqui's und der Zugriffsverlegung der Nationalversammlung von Versailles nach Paris zu beschäftigen haben.

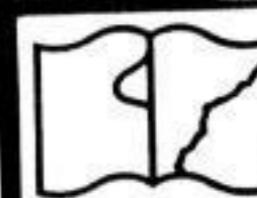
Im Gebiete der europäischen Politik ist auch heute wenig zu verzeichnen. Die Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien hat, wie ohnehin nicht zweifelhaft war, die Zustimmung aller Mächte gefunden. Der neue Fürst ist nach Livadia zum Kaiser Alexander gereist, dem er ja wesentlich seine Erhebung auf den bulgarischen Fürstenstuhl verdankt. Hoffentlich wird diese Rücksicht der Dankbarkeit ihn nicht abhalten, eine vom russischen Einflusse unabhängige, lediglich von dem wohlverstandenen Interesse des Landes, das seine Geschichte ihm anvertraut, dictierte Politik als Fürst der Bulgaren zu verfolgen.

Für eine friedliche Regelung der Beziehungen in Ostrumeliens dürfte die Proklamation von wesentlichem Nutzen sein, welche Kaiser Alexander an die dortige Bevölkerung gerichtet hat. Die letztere wird darin aufgefordert, nach Abzug der russischen Truppen der neuen Ordnung der Dinge keine Störungen zu bereiten. Infolge dessen soll dann, wie verlautet, auch der Sultan, um Collisionen zu vermeiden, auf die Ausübung des im Berliner Vertrage ihm vorbehalteten Rechtes der Besiegung einzelner fester Punkte in Ostrumeliens durch türkische Truppen vorderhand verzichtet haben.

Diese beiden jedenfalls sehr wichtigen und sehr erfreulichen Schritte zur Sicherung der Ausführung des Berliner Vertrages stehen in unmittelbarer Verbindung mit einem andern Vorgange, der großes Aufsehen namentlich wol in Wien und London erregt hat: der Sendung des Generals Obrutschew nach Konstantinopel mit einem eigenhändigen Schreiben des Zaren an den Sultan. Welche sonstige Vorschläge etwa (im Sinne einer Annäherung zwischen Russland und der Pforte, wie man wol nicht ohne Grund annimmt) das Schreiben enthalten und wie der Sultan diese Vorschläge aufgenommen haben mag, darüber existieren zur Zeit bloße Vermuthungen.

In der griechischen und ebenso in der ägyptischen Frage sollen Verständigungen stattgefunden haben, welche eine baldige Lösung der einen wie der anderen angeblich in Aussicht stellen. Doch fehlt es noch an näheren und zuverlässigeren Mitteilungen darüber.

Jalub-Schan, der Beherrscher von Afghanistan, hat



wie es heißt, die von England gestellten Friedensbedingungen angenommen. Damit wäre also nach dieser Seite hin die englische Politik von einer günstigen Entwicklung wieder befreit. Auch in Südafrika sollen die Sachen besser stehen, doch hat der dortige Commandirende, General Chelmsford, neue Verstärkungen verlangt.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger bestätigt, daß zum Schutz der Personen und des Eigentums deutscher Staatsbürger in dem jetzt entbrannten Kriege zwischen den südamerikanischen Staaten Chile, Bolivia und Peru von der kaiserlichen Marineverwaltung die nötigen Vorschriften getroffen sind.

## Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

**© Berlin,** 10. Mai. Am Bundesratstische Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann, preußischer Staats- und Finanzminister Hobrecht, Generalpostmeister Dr. Stephan, Director im Reichskanzleramt Dr. Michaelis, Geheimrath Tiedemann und Burgkhardt, bairischer Ministerialrath Dr. Marx, königlich-preußischer Provinzialsteuerdirektor Schomer.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Min. mit folgender Mittheilung:

Meine Herren! Es liegt mir die Pflicht ob, dem Reichstage eine sehr schmerliche und erßütternde Trauer-nachricht zu verkünden. Der Abg. Dr. Karl Ferdinand Nieper, der noch gestern in diesem Saale an unsern Sitzungen teilnahm, der in einer Commission gestern Abend bis 9½ Uhr thätig war, Mitglied aller Sessioen des Deutschen Reichstages seit 1871 für den 7. Wahlkreis der Provinz Hannover, ist in der vergangenen Nacht plötzlich gestorben. Ich ersuche die Mitglieder des Hauses, sich zu Ehren des Abentheuren des Verstorbenen von ihren Plägen zu erheben. (Die Mitglieder erheben sich.)

Ohne Discussion wird zunächst das Gesetz über die Erwerbung der Matricularbeiträge für das Etatjahr 1879/80 in dritter Berathung angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfes über die Erwerbung der königlich preußischen Staatsdruckerei für das Reich.

Abg. Dr. Zimmermann kommt nochmals auf seine gestrigen Bedenken zurück, daß durch den Betrieb der zukünftigen Reichsdruckerei der Privatindustrie eine erhebliche Concurrenz erwachsen würde.

Generalpostmeister Dr. Stephan weist dieses Bedenken als ungerechtfertigt zurück, zumal auch bisher nach Erwerbung der ehemals Decker'schen Druckerei von Preußen nur solche Privatarbeiten ausgeführt wurden, welche bereits vorher contractlich übernommen waren.

Eine weitere Discussion findet nicht statt; bevor jedoch zur Annahme des ganzen Gesetzes geschritten wird, erklärt Abg. Kahler (Socialdemokrat), daß er die Beschlussfähigkeit des Hauses beweise und die Auszahlung beantrage. Da auch das Bureau die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl bezweifelt, wird der Namensaufruf vorgenommen.

Nach erfolgtem Namensaufruf und alphabetischer Recapitulation desselben erklärt Präsident Dr. v. Forckenbeck:

Der Namensaufruf hat die Anwesenheit von 205 Mitgliedern ergeben; diese haben mit „Hier“ geantwortet, wie ich dies von den Mitgliedern erbeten habe. Außerdem ist mir aber von den fungirenden Schriftführern amtlich angezeigt worden, daß der Abg. Kahler, der die Bemerkung machte, daß das Haus wahrscheinlich nicht beschlußfähig sei, und dadurch den Namensaufruf veranlaßt hat, beim Aufruf seines Namens allerding nicht im Saale anwesend gewesen sei, darauf aber wieder in den Saal zurückgekehrt und während der Recapitulation des Alphabets zwar im Saale anwesend gewesen sei, sich aber beim Bureau nicht gemeldet habe. (Bewegung.) Dies ist amtlich constatirt worden, und ich kann nicht unterlassen, es als eine Verleugnung der schuldigen Rücksicht gegen das Haus zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem werde ich veranlassen, daß die Geschäftsordnungscommission auch diesen Fall bei ihren Berathungen mit in Betracht zieht.

Abg. Kahler:  
Zur Geschäftsordnung will ich bemerken, daß nirgends in der Geschäftsordnung die Verpflichtung eines Abgeordneten ausgesprochen ist, beim Namensaufruf mit „Hier“ zu antworten. Außerdem bemerte ich, daß ich den ganzen Namensaufruf nur veranlaßt habe, weil meine Partei bei den vorangegangenen wirthschaftlichen Debatten nicht zum Wort zugelassen worden ist. Ich bemerte schließlich zur Geschäftsordnung, daß die Abgabe von Stimmen noch gesetzet gewesen ist, während die Schriftführer bereits zählten, obwohl die Geschäftsordnung im §. 58 bestimmt: „Der Präsident erklärt den Namensaufruf für geschlossen, nachdem durch Recapitulation des Alphabets Gelegenheit zur nachträglichen Stimmbabgabe gegeben ist.“ Dieser §. 58 ist also offenbar verletzt worden. (Lebhafte Widerspruch und Unruhe.)

Abg. Windthorst (zur Geschäftsordnung):  
Zur Widerlegung des leichten eben geborenen Saches brauche ich wohl nichts zu sagen. Das „Hier“-Antworten ist für die Constitution der Anwesenheit eines Abgeordneten nur ein Beweismittel; wenn der Augenschein die Anwesenheit lehrt, so muß er ebenfalls als Beweismittel gelten. Hat der Betreffende nicht gehört, sei es, weil er nicht hören kann, sei es, daß er eigenfamig ist (große Heiterkeit), so wird er als präsent ausgeführt, und deshalb bin ich der Ansicht, daß wir nicht 205 sind, sondern 206! (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Dr. v. Forckenbeck:

Ich muß die Ausführungen des Abg. Kahler gegen meine Geschäftsführung einfach zurückweisen. Es ist eine natürliche Rückstot auf das Haus und durch das Verkommen geboten, wenn es auch in der Geschäftsordnung nicht ausgesprochen ist, daß beim Namensaufruf mit „Hier“ geantwortet wird. Die Kritik darüber, ob der Abgeordnete oder seine Partei nicht zum Worte gekommen, ist meiner Ansicht nach vollständig ungerechtfertigt. Ob ich zum Worte lasse oder nicht, hängt nicht von mir allein ab, sondern auch von dem Willen des Hauses, resp. von dem Schluss der Discussion; eine solche Kritik des erfolgten Schlusses der Discussion steht dem Abgeordneten aber auch nicht zu. (Zustimmung.) Ich halte daher meine Ansicht aufrecht, daß der Abgeordnete die schuldige Rücksicht gegen den Reichstag verlebt hat, und werde ich den Fall bei den Berathungen über die Revision der Geschäftsordnung zur Sprache bringen. (Lebhafte Beifall von allen Seiten des Hauses.)

Nach diesem Zwischenfall wird in der Tagesordnung fortgefahrene.

Das Gesetz über die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatjahr 1879/80, wodurch 200000 R. zur Unterstützung der Ausstellung in Sydenham angewiesen werden.

Abg. Mosle:

Die Annahme der Vorlage kann ich Ihnen ebenfalls nur empfehlen, denn ich erkenne durchaus an, daß die Beleidigung von Weltausstellungen von grossem Nutzen ist und Handel und Industrie in hohem Grade befördern. Das Wort habe ich mir eigentlich nur erbeten, um eine Anehnzung, welche ich am Schluss meiner vorigen Rede gebracht habe, richtig zu stellen, und vor allem den Eindruck, welchen sie hervorgerufen hat, abzuschwächen, da er durchaus nicht so beabsichtigt war. Ich meinte nur, daß auch im Bezug auf den Handel unter Nationalstaats zunehmen müsse. Ich bedaure es, daß sehr viele Fabrikanten und Kaufleute vorzügliches deutsches Product er glauben mit fremdländischen Existenzen versehen zu müssen, um es verläufig zu machen. Ebenso wollte ich nur meinem Wunsch Ausdruck geben, daß die Sucht, schnell reich zu werden, aufhören müsse. Aber völlig fern gelegen hat mir jede Absicht, irgend eine Religion heranzuziehen oder einen einzelnen zu beleidigen.

Nachdem darauf noch Abg. Dr. Zimmermann unter großer Heiterkeit des Hauses verfügt hat, das Neuleaux'sche Dictum „Billig und schlecht“ dadurch zu erklären, daß dieser Commissar mir das Urtheil eines englisch-amerikanischen Blaues fälsch verstanden und übersetzt habe, wird die Vorlage mit großer Majorität angenommen.

Hierauf wird die (vereinigte) erste Berathung der beiden Vorlagen über die Erhebung und über die Erhöhung des Brausteuers eröffnet.

Abg. Uhde (Schleswig-Holstein):

Ich habe keine Bedenken, die vorliegende Vorlage zu genehmigen. Von der letzten Seite des Hauses ist nichts mehr zu hören, daß die Abgabe des Brausteuer nur in einem einzigen Gebiete durchaus erlaubt sei. Aber beide Steuergebiete sind völlig, art und technisch gar nicht zu vereinen, es wäre eine Übereinstimmung in der Besteuerung, es bringt auf diesen beiden Gebieten doch nur der Form nach, niemals in der Materie selbst zu erreichen. Der Abg. Richter hat gemeint, wir aus dieser Seite des Hauses wollen durchaus nichts von einer Neuregelung der Brannweinsteuer hören. Ich kann ihm aber versichern, daß auch wir eine Reformation der Brannweinbesteuerung für dringend nötig halten. Wir wollen freilich, daß der Brannwein allein, das heißt der Consum des Getränks, besteuert werde, dagegen der Spiritus, soweit er für gewerbliche Zwecke Anwendung findet, steuerfrei bleibt. Was die Spezialitäten des Gesetzes betrifft, so kann ich zunächst meine große Begeisterung darüber aussprechen, daß das Bier nur aus Malz gebraut und alle Surrogate verboten werden sollen. Man hat früher geglaubt, durch eine hohe Besteuerung der Surrogate, wie Stärkezucker und Syrup, deren Anwendung zurückdrängen zu können, diese Ansicht aber endlich als irrig erkannt. Wenn auch die Surrogate in der Brauerei verboten sind, so werden darum die Stärkezuckerfabriken doch ganz gut weiter bestehen können, sie brauchen keine Besteuerung zu bezahlen, da Stärkezucker nach wie vor gebraucht wird. Einiges Bedenken hätte ich gegen die §§. 8 und 9, welche alle zum Malzbrechen geeigneten Werkzeuge der Controle unterwerfen, und durch die Möglichkeit der zu leichten Suspension eine bedeutende Schädigung des Betriebes herbeiführen können. Ich hoffe jedoch, daß die Commission die nötigen Verbesserungen herbeiführen wird, und bitte schließlich, die Vorlage nach dem Antrag Höhe einer Comission von 14 Mitgliedern zu überwissen. (Beifall.)

Abg. Richter-Hagen:

Der Vorredner hat mich citirt, daß ich gesagt habe, die Brannweinsteuer sei ein „Rüde mich nicht an“ für die Conservativen. Gom Gegenthell haben mich aber seine Ausführungen nicht überzeugen können, denn unter der Reform der Brannweinsteuer besteht er zunächst die Steuerfreiheit des gewerblichen Spiritus und außerdem nur Steuermäßigkeiten, die nicht sowohl die großen Brenner, als vielmehr alle möglichen Gewerbetreibenden treffen würden. Wir müssen aber Bier- und Brannweinsteuer zusammen behandeln und in dieser Session noch erledigen, wenn irgend möglich. Denn wenn wir im nächsten Jahre etwa die Brannweinsteuer allein erhöhen würden, nachdem die Brauerei jetzt erhöht worden ist, so würden wir gleichzeitig wieder andere Steuern ändern und um den gleichen Betrag herabsetzen müssen. Eine Erhöhung der Brauerei allein ist beispielweise um deswillen nicht ratsam, weil die Kurmark eine alte Kriegsschuld mit 50 Proc. Zuschlag zur jüngsten Brauerei tilgt und diesen Zuschlag wol nicht mehr künftig erheben kann, wenn die bestehende Brauerei wesentlich erhöht ist. Und es handelt sich hier um eine Schuld jener Art, wie sie der Reichskanzler schon erwähnt hat, die aus den französischen Kriegen dieses Jahrhunderts stammt.

Was wir aber auch hinsichtlich der Brauerei zu beschließen denken, jedenfalls müssen wir unsere Beschlüsse bald fassen, denn es kann nicht gut sein, ein ausgedehntes Gewerbe dilatorisch zu behandeln.

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

Nicht bloß finanzielle Gründe haben die Regierungen zu dieser Vorlage veranlaßt, sondern sie sehen auch in ihr einen Schritt zu dem Ziele, das die Verfassung aufstellt, nämlich eine Gemeinschaft der Bier- und Brannweinsteuer in Deutschland.

Der Reichstag hat diesem Ziele ja auch mehrfach seine Zustimmung ausgesprochen. Deshalb halten

tragen aber nach dem Maßstäbsteuer und ergänzen dem Vermögenssteuer 22–23 Proc. Hieraus ergibt

der groben Br

zugleich der un-

terste im allge-

mäßigen Gele

wenn wir hö

auch dem Ste

ausfügen, da

festgestellt nach

so eingebettet, d

scheint es n

wie diesen M

In Bezug

Unifizierung de

erschöpfenden

hinzufügen.

Unifizierung an

denn die Ge

Gesetz auf d

zu nicht noch

dann ist noch

fassung Ba

haltan, daß m

tilgung und P

wieken hat.

Gerafinsteuer

entweder Bra

Steuer nach ei

beide durchau

die Fabriksteu

derjenigen, wi

schädigen. Be

Bemessung de

so vollkommen

weiteres veru

würden dem

vermindert, ver

führen, eine

wo der Consu

mehr doch a

den, wenn n

wir hätten

Schaden der

Die Erhö

Besteuerung

Brauern w

sie unter den

menten abw

wo der Consu

gewesen. He

Zeit und H

Wirtschaft vo

greifen.

ein, ein Sta

den, ob der

Staats

ich habe un

mindestens

rechnungen

43,5 Proc.

als die

macht eine

ganzen W

Höhe der Bra

ne nehmen d

annehmen d

bessere Vie

(sprach)

auf Ueberwe

14 Mitgliede

Abg. Richter:

Meine H

ergriffen, wen

festgestellte R

deutlich in d

ja in der R

geordneten a

warf eine g

einmal in e

Art. 35 der

sicht einer ge

würde, die G

in der Regel

dem nun ab

lanzleramtes

Ziel dieser S

gesetzt worde

Bemerkungen

tragen aber nur 44 Proc. der Steuer; 31 Proc. werden nach dem Malzverbrauch bei dem Einmaischartfahren besteuert und ergeben 38 Proc., nur 3 Proc. werden nach dem Vermahlungsact des Malzes besteuert und liefern 22–23 Proc., also fast ein Viertel der ganzen Steuer. Hieraus ergibt sich unleugbar, daß der Vermahlungsact in den großen Brauereien vorgenommen wird; es ist für mich zugleich der unwiderlegliche Beweis, wie schwierig die Kontrolle im allgemeinen ist. Wir müssen also durch ein derartiges Gesetz vor allem auch die Kontrolle erleichtern, denn wenn wir höhere directe Steuern auferlegen, haben wir auch dem Steuerzahler gegenüber die Pflicht, sie so anzulegen, daß Druck und Control möglichst wenig belästigen. In Bayern und Württemberg, wo die Besteuerung nach dem Vermahlungsact stattbat, hat sie sich so eingelebt, daß eine Änderung nicht wünschenswert erscheint – es würde bei uns derselbe Fall eintreten, wenn wir diesen Modus mit erleichterter Kontrolle einführen.

In Bezug auf die von Dr. Richter-Hohen verlangte Unifizierung der Bran- und Brantweinsteuern habe ich den erschöpfenden Ausführungen vom Bundesrattheile nichts hinzuzufügen. Auch begreife ich nicht, wie man eine solche Unifizierung auf dieser (der rechten Seite) befürworten kann, denn die gegenwärtige Verlage ist nur eine sehr kleine Stufe auf diesem Wege. Die Steuer in Süddeutschland ist, s. wir von der Unifizierung noch weit entfernt sind. Ich sage noch an, daß in Bayern die Brausteuer das Fundament ist, auf dem sich die ganze indirekte Steuerverfassung Bayerns aufbaut; man hat ja nur so wichtig gehalten, daß man einen Theil der bairischen Staatschuldentlastung und Amortisation speciell auf die Brantweinsteuern angewiesen hat. Nun will man die Brantweinsteuern mit andern Getränkesteuern in Verbindung bringen, was muß dann entweder Bran- und Gränkesteuer möglichst nach demselben Modus erheben – denk' man z. B. die Brantweinsteuern nach einem ganz andern Modus erheben, so bilden beide durchaus incommensurable Größen – das würde also die Fabriksteuer sein müssen, worin man die Interessen derjenigen, die Spiritus zu gewöhnlichen Zwecken verbrauchen, wie die Melassefabrikanten, auf das energischste schädigen. Zudem halte ich den Siemens'schen Apparat zur Bezeichnung der Fabriksteuer von Spiritus für keineswegs so vollkommen, daß er zu steuertechnischen Zwecken ohne weiteres verwendbar wäre. Durch eine solche Unifizierung würden demnach die Schwierigkeiten der Kontrolle,statt gemindert, vermehrt. Will man über eine Getränkesteuer einfüren, eine Steuer, die erhoben wird in dem Augenblick, wo der Konsument das Getränk zum Munde führt, dann müßte doch auch auf Wein eine solche Steuer gelegt werden, wenn wir uns nicht dem Vorwurf ausgesetzt machen wollen, wir hätten das Getränk der niedrigsten Klassen zum Schaden der Minderbegüterten gemacht.

Die Erhöhung der Bran- und Brantweinsteuern ist nicht zu einer Vermehrung des Brantweins zu bringen; die höhere Brantweinsteuern wird in erster Linie die Biersteuer tragen, weil er sie unter den heutigen Verhältnissen nicht auf den Konsum abwälzen kann; letzteres ist nur in Zeiten möglich, wo der Konsum an sich fällt, und wäre also 1875 möglich gewesen. Heute gehört dazu die Brauer werden Zeit und Mittelmittel finden, wieder eine Menge Menschen vom Bierkonsum abzubringen; die Biersteuer greift man verdeckt, so nimmt sie den Konsumenten ab, so steigt, im Süden, die offizielle Staatsschuld auf 47 Mill. Malz, ich habe mir von brauendeckend mindestens auf 50 Mill. bezogen, so technischen aus der kritischen Stellung heraus, so kann man bestimmt nicht mehr auf 48,5 Mill. ab den Sättigungen, als jenseits davon. Dies macht eine präzise Prognose unmöglich, auf den ganzen Vertrag. Auf die Höhe der Südbundeskasse, sofern wir die Südbundeskasse, nehmen wir die anzug annehmen, besserer Preis und Wider spruch.) Auftrag Löwe auf Überweisung niffen von 14 Mitgliedern. (Beispiel)

#### Abg. v. Schmid-Württemberg

Meine Herren, ich hütte in dieser Sache nicht ergriffen, wenn nicht die durch Art. 35 der Finanzverfassung festgestellte Referatserstellung der Südbundeskasse und ausdrücklich in die Discussion gezogen worden wäre. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß wo die meisten der Abgeordneten aus dem Süden zu dem vorliegenden Gesetzentwurf eine gewisse reservirte Stellung einnehmen; denn einmal ist es die Rücksicht auf die Schlussbestimmung des Art. 35 der Reichsverfassung und demnächst auch die Rücksicht einer gewissen Loyalität, sofern es eben schwer sein würde, die Staaten des vormaligen Norddeutschen Bundes in der Regelung ihrer Biersteuerfrage zu hindern. Nachdem nun aber seitens des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes vornehmlich so offen und entschieden als daß Ziel dieser Steuerreform die schließliche Fusion, die Union des Getränkesteuersystems zwischen Süden und Norden hingestellt worden ist, kann ich es nicht unterlassen, diejenigen Bemerkungen zu machen, welche eben durch diese Erklärung des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes veranlaßt worden. Meine Herren, es kann nun keine Frage darüber bestehen, daß dieser Gesetzentwurf für den Fall, daß er zum Gesetz wird, in einer doppelten Beziehung auf die Verhältnisse des Südens in diesem Gebiete einwirkt. Einmal ist derselbe, und das gestehe ich auch zu meinem Theil offen zu, die erste Etappe zu der Fusion des Getränkesteuersystems zwischen Süden und Norden, und wenn auch der verehrte Vorredner bemerkt hat, daß es noch sehr weit von diesem Gesetz bis zu jenem Bielle wäre, so ist dieses Wort wahr, allein der Grundstein zu dieser Fusion wäre mit diesem Gesetzentwurf jedenfalls gelegt. Demnächst aber, meine Herren, ist es nicht so ganz unrichtig, was der Dr. College Richter bemerkt hat, wonach infolge der Erhöhung der Biersteuer in den Staaten des Norddeutschen Bundes die Aversa der süddeutschen Staaten sich ebenfalls steigerten. Das ist schließlich ja gleichgültig, ob man für diese Aversa den Rahmen von Matrikulärbeiträgen gebraucht oder ihnen einen andern gibt; die Hauptsache ist doch die Summe. Dassel aber, meine Herren, erkenne ich ausdrücklich, und in dieser Beziehung möchte ich das berichtigten, was der Dr. College Richter bemerkt hat, daß schließlich das Ausgabessoll des

Deutschen Reiches der entscheidende Factor in materieller Beziehung ist, und daß es nicht die Nothwendigkeit mit sich führt, wenn diese Brantweinsteuern in den norddeutschen Staaten erhöht wird, daß dann von selbst und ipso facto auch die eigentlichen Ausgaben der Südbundeskasse gegenüber dem Deutschen Reich in demselben Betrage wachsen.

Wenn nun aber der Herr Präsident des Reichskanzleramtes gesagt hat, die Frage, um die es sich hier wesentlich im Verhältniß von Süd und Nord handelt, sei nur von finanzieller Bedeutung, dann möchte ich doch der Meinung sein, daß die Ansicht mir eine etwas zu optimistische zu sein scheue. Meine Herren! Es ist ganz richtig, daß nach der Lage der Verhältnisse allerdings in erster Linie und primo loco die Finanzfrage sich darstellt. Es hat der gerechte Herr College Richter schon betont, wie in Bayern vornehmlich eigentlich der dortige Staatshaushalt, in vielerlei Absicht auf die Staatschuld, wesentlich auf die Biersteuer gestützt ist; in Württemberg ist dies zwar nicht in demselben Maße der Fall, aber immerhin auch bis zu einem erheblichen Grade. Meine Herren! Die derzeitige Brantweinsteuern in Württemberg beträgt die Summe von 5½ Mill. Wenn Sie hiermit vergleichen die Biersteuer der Statistik des vormaligen Norddeutschen Bundes, so spricht das Zifferverhältnis an und für sich schon in die Augen. Allein damit nun, daß Sie der Form und dem System nach eine Accommodation zwischen Süd und Nord herstellen möchten, wollen, damit die finanzielle Frage noch lange nicht aus der Welt geschafft ist, denn es läßt sich ziemlich nachweisen, daß wenn Sie heutzutage das Gesetz machen würden, was beantragt ist, dann noch mit Rücksicht auf die totale Verschiedenheit des Konsums zwischen Nord und Süden ein ganz immenser Unterschied in Absicht auf das Einnahmeverhältnis bestehen würde. Das ginge so weit, daß der Unterschied in Bayern einen Betrag bis zu 10 Mill. ausmacht. Meine Herren, mit der Form also ist es nicht gethan, weil eben die nationale Sitte, wenn Sie mir den Ausdruck gestatten, im Wesen der Sache einen so tiefen Unterschied zwischen Nord und Süden gemacht, und solange Sie das nicht ausgleichen haben, so lange arbeiten Sie mit Ihren Gesetzentwürfen noch sehr in der Form.

Meine Herren! Demnächst kommt aber ein Moment in Bezug, welches fast ebenso schwer wiegt als der Finanzpunkt, das ist nämlich die volkswirtschaftliche Seite der Frage, welche auf das tiefste auf die Verhältnisse des Südens, vornehmlich in Württemberg und auch in andern süddeutschen Staaten begründet ist. Dieses Moment hat der Herr Präsident des Reichskanzleramtes eigentlich nicht berührt. Meine Herren! Die Verschiedenheit zwischen Nord und Süden in Absicht auf ihre landwirtschaftlichen Verhältnisse, das ist ein wesentlicher Punkt, welcher Union und Fusion des Getränkesteuersystems entgegensteht. Ich greife in dieser Beziehung, indem ich weniger Gewicht hier auf die Biersteuer lege, vornehmlich gerade die Brantweinsteuern, und das werden Sie mir jetzt zugeben, daß ohne gleichzeitige Uniformierung der Brantweinsteuern alle und jede elementarste Voraussetzung zu dem Zwecke, welchen der Herr Präsident des Reichskanzleramtes genannt hat, absolut fehlt. Meine Herren! In dieser Beziehung verhält es sich nun aber so: Während Sie im Norden große Brantweinbrennereien haben, deren Steuer die Verhandlung ein ganz anderes System erfordert, als die im Süden, wo eben kleine Brauereien mit dem heutigen Wirtschaftssystem verbunden sind, bringt es dieses System mit sich, daß die Einführung des norddeutschen Brantweinsteuers, Sie mögen, wenn Sie die primären Formen derselben beibehalten wollen, die Rücksicht auf die Höhe der Steuern geradezu eine Opposition der dortigen Bevölkerung hervorrufen würde, wie Sie sich kaum vorstellen könnten. Meine Herren! Ich will hier nicht verschweigen die Klagen der Elässer in dieser Frage, aber sie hängen damit wesentlich zusammen.

Ich werde Ihnen nur ein historisches Beispiel als schlagendsten Beleg für die Richtigkeit meiner Behauptung anführen. Im Jahre 1852 wurde in Württemberg, hauptsächlich unter der Autorität des bekannten Abg. Wohl, das norddeutsche Brantweinsteuerystem als Gesetz eingeführt. Sie müssen sich nun vorstellen, daß Tausende von kleinen Brennereien in dem Lande bestehen, wie sie überhaupt in Süddeutschland verbreitet sind. Ich kenne z. B. in Württemberg ein Amt in der Bodenseegegend mit einer Einwohnerzahl von 3000, welche über 100 solcher Brennereien haben. Jeder einzelne Bauer hat hier seine Brennerei, und sein ganzer Betrieb, die Ansicht und Mäßigung seines Viehes beruht gerade auf dieser Brennerei. Das sind integrierte Bestandteile der dortigen Wirtschaft; dadurch nun, daß das norddeutsche Brantweinsteuerystem im Jahre 1852 bei uns eingeführt wurde, war es nicht mehr möglich für diese kleinen Brennereien, zu bestehen, und es hat sich nun im ganzen Lande eine förmliche Reaction der stärksten Art gegen dieses Gesetz erhoben, so war, daß es nothwendig geworden ist, dasselbe nach einer Dauer von 18 Jahren wieder abzuschaffen. Im Jahre 1865 mußte es aufgehoben werden, weil die Erbitterung, die will nicht mehr sagen die unfreundliche und unsympathische Stimmung des Volkes, sondern weil die Erbitterung in einem Maße gezeigt war, daß das Festhalten dieses Gesetzes nicht mehr möglich war. Meine Herren! Diese Thatache bitte ich Sie recht sehr sich zu vergegenwärtigen, wenn man davon spricht, die Fusion des Getränkesteuersystems durchzuführen. Demnächst aber kommt noch ein weiterer Punkt in Betracht. Es fehlen geradezu die elementaren statistischen Voraussetzungen, welche das Verhältnis zwischen Süden und Nord hier klar stellen. Es ist auch von Seiten der Reichsregierung in dieser Beziehung wenigstens kein genügendes Material vorgelegt worden; ohne daß indeß diese thatächlichen Voraussetzungen geschaffen sind, müssen Sie Ihr Ziel bis auf weiteres vertagen. Damit ist jedoch die Summe der zu berücksichtigenden Gründe noch nicht erschöpft. Meine Herren! Mit Recht wurde davon gesprochen, daß eine Fusion des Getränkesteuersystems auch in dem Sinne in das Steuergebiet eingreifen müsse, daß Sie schließlich auch zur Schanksteuer vorschreiten müssten. Es hat der Dr. College Richter mit vollem Recht darauf hingewiesen, wie die Einführung einer Schankbrantweinsteuern auch die eines Weinsteuers zur Folge haben müsse. Das scheint mir etwas so Natürliches und concret Gegebenes zu sein, daß man es vom Standpunkte eines rationalen Steuersystems nicht abweisen kann. Wir haben auch bereits im Süden dieses Verhältnis; in Württemberg z. B. besteht eine Brantweinsteuern mit einem Ertrage von 224000 M., während die Weinsteuern, welche nur ein Elftel des Weinausgangs betrifft, 2½ Mill. beträgt. Meine

Herren, es hängen also ganz andere wirtschaftliche und politische Rücksichten mit dieser Frage zusammen, und das so hingestellte Ziel stellt sich in seinem Schlußeffekt von einer viel erheblicheren Bedeutung dar, als man es prima vista ins Auge fassen zu dürfen glaubt, und unter diesem Gesichtspunkte erscheint die politische Seite der Frage. Ich schaue mich nicht, das offen auszusprechen. Die Gründe aber, welche bei Abschluß des Versailler Vertrags zur Aufnahme dieser Verfassungsbestimmung geführt haben, haben an Stärke des Gewichts nichts verloren, sondern, wie noch näher nachgewiesen werden könnte, gewonnen.

Meine Herren! Es wird deshalb die Frage, ob mit Rücksicht auf jenes signalisierte Ziel dieser Gesetzentwurf zu behandeln ist, in der Commission, in welcher doch jedenfalls die Vorlage zu verweisen ist, wol Gegenstand der ernstesten Erwägung sein müssen. Es ist nur sehr fraglich, ob, abgesehen vom Finanzpunkte, in politischer Beziehung für die Einigkeit des Deutschen Reiches und die Stärke der Nation viel zu gewinnen sein würde, wenn auf der andern Seite durch solche Maßnahmen, deren Opportunität zur Zeit ich auf das bestimmteste bestreite, solche Gefühle wach gerufen würden, wie sie eben nicht ausbleiben könnten. In diesem Sinne, glaube ich, wird es ein wichtiges Ziel der Politik sein, das ich mit den Worten aussprechen möchte: „In necessariis unitas, in dubiis libertas!“ (Beifall.)

Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann:

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Ziel der Einheit nur erreicht werden kann unter Zustimmung der süddeutschen Regierungen. Art. 80 der Verfassung bietet denselben allen Schutz gegen den Zwang. Das schlägt indessen nicht aus, daß Bundesrat und Reichstag das Ziel der Einigung immer als wünschenswert im Auge behalten. Dem Dr. Abg. v. Schmid gebe ich zu bedenken, daß unser norddeutsches Steuersystem sich in Elsaß-Lothringen gut bewährt hat.

Abg. Frhr. Nordeck zur Rabenau fragt an, zu welchem Resultat die im Vorjahr berufene Commission gelangt sei bezüglich der Erhebung einer Übergangsabgabe von Essig.

Präsident Hofmann hat den Bericht dieser Commission noch nicht erhalten, sieht ihm aber in den nächsten Tagen entgegen.

Abg. v. Schmid-Württemberg:

Meine Herren! Gestatten Sie mir zwei Worte der Erwiderung auf die Rede des Herrn Reichskanzleramtspräsidenten. Mir ist wohl bekannt, daß jeder einzelne süddeutsche Staat in Absicht auf diese verfassungsmäßigen Positionen durch die Verfassung selbst geschützt ist. Aber das ist doch eigentlich hier nicht der materielle Inhalt der Discussion. Es müssen doch den Bestrebungen gegenüber, welche an und für sich in der Reichsverfassung als Ziel hingestellt sind, von der andern Seite materielle Gesichtspunkte und Gründe gelingt gemacht werden, warum das Anstreben dieses Ziels zur Zeit nicht opportun sei. Nicht anderes habe ich gethan. Demnächst wies Präsident Hofmann darauf hin, es sei in der großen Debatte über den Zolltarif auch ein solcher Gegenzug der Interessen zwischen den Ostsälen und andern deutschen Provinzen hervorgetreten, wie jetzt zwischen Bodensee und Norden. Ja, meine Herren, so liegt die Frage doch nicht; hier hat Art. 80 der Verfassung thatächlich anerkannt, daß eine berechtigte Disparität der Interessen vorliegt, und einer Erklärung dieser Art glaube ich allerdings begegnen zu müssen. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen und beide Vorlagen an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Besteuerung des Tabaks in Verbindung mit der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung einer Nachsteuer vom Tabak und von Tabakfabrikaten.

Bundessouverännigter königlich preußischer Finanzminister Hobrecht:

Wenn ich mir erlaube, die Berathung mit einigen Worten einzuleiten, so werde ich dabei nicht außer Acht lassen, daß die höhere Besteuerung des Tabaks den Reichstag schon wiederholter beschäftigt hat und daß die allgemeinen dabei in Frage kommenden Gesichtspunkte ja schon in der großen Debatte der letzten Tage ihre Würdigung gefunden haben. Die diesjährige Tabaksteuerdebatte ist gewissermaßen eine Fortsetzung der vorjährigen, die ja abgebrochen wurde, als es sich um die Frage handelte, das richtige System der Besteuerung zu wählen. Sie erinnern sich, daß damals auf den Antrag der Regierung, um das nötige Material zu sammeln, eine Enquête eingezogen wurde, deren Befragte sehr freilich mehr eingehaust wurden, als der Regierung lieb sein konnte. Die Formen nun, in denen die Tabaksteuer erhoben werden kann, sind fast so zahlreich wie die Tabaksteuer erhabenden Staaten selbst, die wichtigsten Formen aber sind die folgenden: 1) Monopol, 2) Fabriksteuer, 3) das englische System der reinen Verzollung, 4) die Rohfabriksteuer. Eine fünfte Form, die aber praktisch nirgends angewandt ist, wurde gleichwohl von beachtenswerther Seite empfohlen und sogar ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf in diesem Sinne überreicht: es ist das das sogenannte Rohtabakmonopol. Die Gründe für und wider die einzelnen Formen sind ja in dem Generalbericht der Enquête ausführlich auseinandergesetzt und dieser befindet sich ja in Ihren Händen. Ich gehe darauf nicht ein und will nur auf die Hauptgesichtspunkte hindeuten, welche für die verbliebenen Regierungen bei ihrer Entscheidung maßgebend gewesen sind. Die Würdigung dieser Gesichtspunkte muß ich ja dem Hause anheimstellen. Die englische Form der Steuer wurde von vornherein ausgeschlossen. Dies System beruht auf dem Verbot des inländischen Tabakbaues, ein Schritt, den wir gerade in Deutschland am wenigsten thun dürfen, denn es war für die Regierungen keine Rücksicht so wichtig, als die Schonung und Erhaltung des inländischen Tabakbaues, der ja eine große Zahl von kleinen Menschen, besonders im kleinen Grundbesitz ernährt. Gerade auf der Rücksicht auf die einheimische Tabakindustrie beruht ein zweites System, das des Rohtabakmonopols. Es soll damit dem Pflanzer alle Auslage und Steuer erspart bleiben, der Staat lauft die ganze inländische Grenze und beim Wiederverkauf hält sie sich dann



schadlos auch für Steuer und Auslage. Aber eine ruhige und sorgfältige Prüfung hat ergeben, daß, wenn der Staat sich mit diesem System der Gefahr außerordentlicher Verluste ausseht, ihm dann auch sehr weitgehende Rechte beigelegt werden müssen. An das Monopol des Anlauses, also an die Verpflichtung des Erwerbes schließt sich die Notwendigkeit an, eine Herrschaft auszuüben über die Tabaksfabrikation. Nun steht aber die inländische Produktion in wechselseitiger Abhängigkeit vom ausländischen Import und es zeigt sich bald, daß auch über den eine ganz ausgedehnte Kontrolle ausgeübt werden müßte, namentlich wenn man Werte erhöhen will. Man hätte bei dieser Steuerform einfach alle Beschränkungen einführen müssen, die mit dem reinen Monopol verbunden sind, ohne die großen Vortheile dieses letztern erwarten zu dürfen. Die Fabriksteuer — die nächste Form — hat ja in Nordamerika bekanntlich sehr günstige Resultate ergeben und sie verlangt dort einen verhältnismäßig geringen Aufwand an Kosten der Erhebung und Kontrolle. Auf diese Steuer wurden wir auch ganz besonders hingewiesen bei der vorjährigen Beratung über die Tabaksteuer im Reichstage.

Die Frage der Übertragbarkeit dieser Steuerform auf Deutschland hat einen Hauptteil der Arbeiten der Enquête gebildet. Auch hier war aber das Ergebnis ein negatives. Man kam zu der Überzeugung, daß mit dem einfachen Kontrollapparat, wie er in Amerika besteht, man in Deutschland nicht ausbrechen werde bei unseren Verhältnissen, und man war einig, daß die für uns notwendigen Maßregeln eine ganz unerträgliche Belästigung des Handels, Verkehrs und der Fabrikation bilden würden, ganz abgesehen davon, daß sich die Erhebung der Steuer selbst wesentlich versteuern würde. Der Grund liegt wesentlich darin, daß wir es bei uns mit einer viel größeren Dichte der Bevölkerung zu thun haben als in Amerika. Sind nun die bezeichneten Steuerformen ausgeschlossen, so fragt es sich noch: Monopol oder Rohfabrikatsteuer? Beide Formen haben vor den andern das sicher voraus, daß sie eine Abschaffung der Steuerlast zulassen nach dem Maße der Leistungsfähigkeit des Konsumenten. Das Monopol prüft die Tabaksfabrikate und die Regierung setzt dann den Preis für die einzelnen Waaren nach der Qualität fest. Die Rohtabaksteuer wiederum ist diejenige Steuerform, welche den denkbaren geringsten Eingriff macht in die Freiheit der Produktion, des Handels, der Fabrikation, sie gibt der Freiheit der Handelsbewegung den größten Spielraum. Es liegt nun im Interesse des Handels selbst, die verschiedenen Leistungsfähigkeit und die verschiedenen Ansprüche der Käufer aus dem Publikum möglichst durch Abschaffung der Preise zu befriedigen. Der Kleinhandel hat das Interesse, für die leistungsfähigen Käufer die Preise möglichst hoch zu stellen, um für die große Classe der minder gut situierten Käufer den Absatz möglichst auszudehnen. Bei dieser Preisabschaffung nun für den Detailhandel gibt es Faktoren, die von noch viel größerem Einfluß sind als die Steuer selbst, ja, selbst als der Wert des Rohmaterials selbst beträcht. Nach den Ermittlungen der Commission ist im Durchschnitt der Jahre 1871—77 der Materialwert des im Zollgebiet verbrauchten Tabaks 66 Mill. M. jährlich, dazu kommen Steuer und Zoll mit etwa 14 Mill., also zusammen 80 Mill. M. Dagegen beträgt die von den Konsumenten jährlich bezahlte Summe etwa 233 Mill. M., also fast das Dreifache des Neuwertes. (Hört, hört, hört!)

Wenn es sich nun um die Frage handelt, Monopol oder Rohtabaksteuer, so fällt für das Monopol es sehr bedeutend ins Gewicht, daß es keine andere Steuerform gibt, die ebenso gerecht gegen das Publikum und dennoch dabei so ertragreich wäre. Es kann uns nicht einfallen, die Einführung des Monopols der Zukunft unmöglich zu machen oder zu erschweren, im Falle das Bedürfnis nach einer reicheren Quelle der Mehreinnahmen sich ergeben sollte. Wir wollen eine solche Quelle weder gewähren noch auch der Zukunft präklubieren. Aber es ist eine berechtigte Forderung, daß wir heute eine Steuerform finden, die unserer Gegenwart Erfriedigung schafft und Ruhe in die Bewegung bringt. Die verbündeten Regierungen haben sich einstimmig für die Rohfabrikatsteuer ausgesprochen und zwar aus verschiedenen Gründen, abgesehen davon, daß es bei den beschränkten Befugnissen der Commission nicht möglich war, die wichtige Frage der Entschädigung beim Monopol festzustellen. Es ist ja auch sicher, daß das Monopol auf lange Zeit hinaus nur geringe Erträge liefern würde. Wenn nun die Regierung zu diesen Resultaten gekommen ist, so konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß der Entwurf vom vorigen Jahre, der sehr sorgfältig ausgearbeitet war, auch der diesjährigen Vorlage zu Grunde gelegt wurde. Die Commission hat drei Sätze von 50, 60 und 70 M. im Vorschlag gebracht und Steuern von 32, 40 und 50 M. vorgeschlagen. Wenn die Regierung sich nicht für den höchsten Satz entschieden hat, obwohl sie mit dem Reichstage für eine hohe Besteuerung des Tabaks ist, für die es eigentlich nur finanzielle Grenzen gibt, wenn sie Ihnen den mittleren Satz vorschlägt, so beruht das auf der Erwägung, daß es sich nicht empfiehlt, den Satz zu hoch zu bemessen im Interesse des inländischen Tabaksbauens. Es wird bei aller Sorgfalt nicht möglich sein, mit voller Sicherheit zu bestimmen, ob der Einfluß der erhöhten Steuer- und Zollsätze nicht doch vielleicht zu einer ungeahnten und unbedachtigen Ausdehnung unseres Tabaksbauens oder aber zu einer noch viel weniger beabsichtigten Einschränkung desselben führen könnte, diese Möglichkeit ist nicht ganz auszuschließen. Man muß eben die gegebenen Verhältnisse möglichst berücksichtigen und eventuell schleunig Correcutur einzutreten lassen. Die Regierung glaubt von der inländischen Tabaksfabrikation die Gefahr fern halten zu sollen, daß ihr Absatz geschädigt werden könnte. Zu diesem Behufe ist §. 24 eine Bestimmung getroffen wegen des Zahlungstermins und der Haftpflicht; dann ist die Zusammenlegung der Flächensteuer beim geringen Tabaksbau zugelassen worden in einem für diese Industrie äußerst günstigen Maßstabe.

Der diesjährige Entwurf unterscheidet sich von dem vorjährigen wesentlich durch den Vorschlag der Lizenzsteuer. Diese Gebühr wird Ihnen wohl bekannt sein aus den meisten Steuerreformen des Auslandes. Es ist diese Steuer öffentlich sehr scharf angegriffen worden, als sollte sie ein Mittel sein, doch das Monopol einzuführen, wenn auch nicht in diesem Augenblick. Ich meine, bei ruhiger Erwägung muß man das Unbegreifliche dieses Vorwurfs einschätzen, denn es ist nur mit der Lizenzsteuer möglich, eine Kontrolle auszuüben über die ausländische Tabakseinfuhr und den inländischen Tabakskonsum. Die meiste Aufsicht wird ver-

muthlich die Nachsteuer erfahren. Ich glaube, daß die Verhandlung dieser Frage eigentlich eine Discussion für sich fordert, und ich will hier nur wenigstens bemerken. Wenn ein Zoll erhöht werden soll, so ist ja immer die Speculation darauf gerichtet, den Artikel noch zu dem bisherigen niedrigen Zolltag einzuführen, und daraus entsteht für die Staatskasse der Ausfall der Zolldifferenz. Aber diesem Ausfälle steht der Vor teil gegenüber, daß der Übergang in die höheren Preise sich allmählich vollzieht, ohne harte Stoße. Wenn die Regierung Ihnen vorge schlagen hat, sich mit der Nachsteuer einverstanden zu erklären, so sind dabei Momente maßgebend gewesen, die bei einer gewöhnlichen Zoll erhöhung nicht zutreffend sind. Es ist das die Einfuhr von niedrig versteuertem Tabak in ungeheuerem Umfang, und die Rücksicht auf den inländischen Tabaksbau. Die Einfuhr hat, sehr hoch gerechnet, im Durchschnitt jährlich 900000 Etcr. betragen, im vergangenen Jahre aber 406188 Etcr. über diesen Betrag hinaus, in diesem Jahre schon 535678 Etcr. Über den Durchschnitt, also 941868 Etcr. mehr ausländischer Tabak befindet sich jetzt im Zollgebiet als sonst um diese Zeit. Dieser große Vorfall lädt erwarten, daß auf Jahr und Tag von einer erheblichen Einnahme aus der Tabaksteuer nicht gerechnet werden kann, da nur unerhebliche Quantitäten eingeführt werden dürfen.

Ich will nicht so weit gehen, daß etwa unser inländischer Tabak mit dem billig versteuerten ausländischen Vorfall nicht konkurrieren könnte; aber die Abschauungen für die nächsten Jahre werden doch sehr verschärmt für den inländischen Tabaksbau. Es wird nicht möglich sein, für die diesjährige Erzeugung den vollen Steuersatz aufrecht zu erhalten. Was die Durchführung der Nachsteuer angeht, so halte ich es für möglich, daß vielleicht in der Commission noch Milderungen gefunden und von den Regierungen akzeptiert werden können. Im Prinzip aber sprechen sehr gewichtige Momente für die Nachbesteuerung. Ich sage noch hinzu, daß, als zuerst von der ungeheueren Einnahme des Imports die Rede war, der Gedanke aufstach, der mir auch in neuester Zeit von sehr beachtenswerter Seite nahe gelegt wurde, durch eine rasche Festsetzung des Einführungstermins, die außerordentliche ausländische Einfuhr abzuwenden. (Hört, hört!) Dieser Gedanke konnte von der Regierung in seiner Weise verteidigt werden; denn dazu war sie nicht ermächtigt. Sie durfte auch in der Hoffnung einer künftigen Indemnität nicht riskieren, dem Tabakshandel zu sagen: wie werden den Auftrag stellen, von heute an — also vielleicht vom 1. Jan. oder vom 1. April — an einen höheren Zoll zu erheben, und wir werden euch, mehr einzuführen. Diese Verantwortlichkeit durfte die Regierung nicht übernehmen. Wenn man aber später diese Grenze festgesetzt hätte, so handelte es sich doch immer nur um eine geringe Differenz, und ich hoffe demnach, daß der Reichstag demnächst einem Entwurf seine Zustimmung geben wird, der in den nächsten Tagen an ihn gelangen wird und dahin geht, eine kurze Form für die Festsetzung eines provisorischen Einführungstermins zu geben. Der Gesamtvertrag, den man sich von der Tabaksteuer verspricht, beträgt 46 Mill. M., und wenn man damit die von mir angegebene Summe von 2.3 Mill. in Vergleich zieht, die für den Tabakverbrauch in Deutschland jährlich ausgegeben werden, so würde sich also die Ausgabe auf 269 Mill. erhöhen, d. h. um etwa ein Fünftel des ganzen Betrages.

Auf andere Fragen, namentlich auf die Frage des Vertrags, gebe ich nicht ein, weil ich der Meinung bin, daß darüber das Räßige gesagt worden ist in der allgemeinen Discussion über den Zolltarif. Wer aber überhaupt die Notwendigkeit einer Finanzreform und die Möglichkeit einer Steuerreform zugibt, der kann der Regierung unbedenklich folgen und dem Vorschlage, der jetzt Ihnen unterbreitet ist, seine Zustimmung geben. (Besall.)

Abg. Fecht. v. Marshall:

Die Tabaksfabrikanten, Händler und Tabakbauern sind alle bereit, Opfer zu bringen, nur haben sie den dringenden Wunsch, daß eine schnelle Regelung eintrete. Ich hätte besonders gewünscht, daß die Regierung vorlage über die einzelnen Verhältnisse eine gründlichere Kenntnis hätte durchleuchten lassen, als dies der Fall ist. Die Resultate der Enquête scheinen der Regierung nicht genügt zu haben. Uns kann das vorgelegte Material noch weniger genügen. Allerdings ist der Tabak für die Steuerpolitik gewissermaßen das Aschendorf gewesen, aber wir müssen darum uns um so mehr hüten, aus fiskalischen Gründen wirtschaftliche Fehler zu machen. Was den inländischen Tabakbau anlangt, so gedeiht der Tabak oft gerade auf Boden, der kaum etwas anderes erzeugen würde, und unsere Landwirtschaft ist schon so gedrückt, daß die Frage, ob wir ihr noch eine neue Last aufzuladen dürfen, doch nicht so leicht zu nehmen ist. Aber nicht nur um die Landwirtschaft, auch um eine blühende südliche Industrie handelt es sich. Wir müssen aber endlich die Vorlage erledigen. Würden wir auseinandergehen, ohne zu einem definitiven Resultat zu gelangen, so würden Handel und Industrie großen Schaden erleiden. Auf der Basis der Gewichtssteuer also sollen wir zu einem Resultat gelangen. Aber von vornherein ist sie sehr mangelhaft, durch sie soll ordinärer Tabak hoch und feiner niedrig besteuert werden. Wir haben aber zudem nicht nur mit dem teuren und billigen eingeschritten, sondern besonders mit dem in Deutschland gebauten Tabak zu thun, und wenn wir das Gesetz so beniligen, wie die Vorlage vorschlägt, 40 M. für inländischen Tabak, dann ist es unmöglich, unser ordinärer Tabak weiter zu bauen, und unsere Tabakbauer wären ruinirt. Schon jetzt können die inländischen Tabakbauern mit den ausländischen nicht konkurrieren, nach Einführung des proponierten Steuer- systems würden die Verhältnisse aber noch viel ungünstiger sein. Von allen Tabakinteressenten ist entschieden der Tabakspflanzer der, welchem die Last am schwersten fallen würde. Die Vorlage sagt, bis zum 31. März sollen die Steuerbeträge des auf das Erntejahr folgenden Jahres durch den Tabakspflanzer entrichtet werden. Dieser Zwang wird entschieden von den Händlern benutzt werden, und der Bauer wird dann gar bald den Tabaksbau einstellen müssen.

Was die Nachbesteuerung anlangt, so sind die kleinen Fabrikanten und kleinen Händler nicht in der Lage, Bilanz zu bieten für eine Creditorität der Nachbesteuerung, und sie sind daher ganz besonders gefährdet. Auch ist es durchaus nicht erwiesen, daß nur große Händler und Fabrikanten spekuliert haben und kleine nicht. Jeder Fabrikant wird sofort die Preise für die gangbarsten Sorten erhöhen, um 30, 40, ja 100 Proc. (?) der Konsum wird dann abnehmen

müssen, weil jeder sich danu mehr einschränken muss, der Fabrikant wird immer weniger einnehmen und, da er doch die Nachsteuer zahlen soll, zu Grunde gehen. Bezuglich der Nachsteuer muß auch unterschieden werden zwischen inländischem und ausländischem Tabak; wenn wir beide gleich hoch besteuern, geben wir damit dem ausländischen eine Prämie. Wenn wir den inländischen Tabaksbau nicht schaden, wird er sehr bald vernichtet sein. Die Frage möchte ich mir an die Regierung erlauben, wie viel Reglement von Beamten sie wohl brauchen will, um die Lizenzsteuer, Nachsteuer und Tabaksteuer einzutreiben. Also ich resümire mich dahin, die Lizenzsteuer muss fallen, die Nachsteuer muss bedeutender werden, und überhaupt Unterschieden werden zwischen in- und ausländischen Tabaken, und ganz besonders ist die weitere Existenz des deutschen Tabaksbaues zu berücksichtigen.

Abg. Kiefer:

Was die Monopolfrage ansangt, so denken wir in Baden gar nicht daran, es zu wünschen, und ebenso wenig ist es wahr, daß die einfäßer Tabakbauer sich nach dem Monopol zurückziehen. In Baden wird zudem die Cigaretten-, Rauch- und Schnupftabakindustrie nicht nur in Fabriken betrieben, sondern eine sehr entwickelte Hausindustrie ist in Gefahr zu Grunde zu gehen, mit einem Strich zerstört zu sein. Diese Bevölkerung würde gezwungen sein, auszuwandern. Ich hoffe, daß dieser Appell an die Regierung ein Erfolg werden wird. Wir wollen sehr gern, daß die Tabaksteuer eine lucrative Einnahmequelle für das Reich werde, aber man muß bei einer solchen neuen Einrichtung mit größter Rücksicht verfahren. In Württemberg werden 5000 Etcr. Tabak jährlich gebaut, in Baden aber circa 140000 Etcr. Dieser Unterschied ist wahrscheinlich auch maßgebend für die Aussicht der Württemberger in der Tabakfrage. Die Enquête ist nicht ganz ohne Erfolg gewesen, und die Vorlage enthält einen Fortschritt, aber der vaterländische Tabaksbau und eine bedeutende Bevölkerung würde durch deren Annahme ruinirt sein. Jetzt ist ja als Parole ausgegeben: „Schutz der nationalen Arbeit!“ Ja, dann schützen Sie unsere Tabakindustrie vor dem Untergange. Was die Lizenzsteuer anlangt, so würde sie das seiner Natur nach für den Kaufmann erforderliche Geschäftsgesetz nicht völlig idealisch machen und das Geschäft ruinieren. Dieser kann ich also unter keinen Umständen zustimmen. Die Nachsteuer anlangt, so erwähnt allerdings dem deutschen Tabakspflanzer eine bedeutende Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da factlich eine große Zahl von kleinen Händlern und Fabrikanten sie nicht aushalten könnten. Es ist also dringend nötig, eine Art von Vermittelung, einer Concurrenz durch das Anhämmeln der großen Posten seitens der Speculanter; aber ich habe entschieden sociale Bedenken, sie zu bewilligen, da fact

der Vorlagen oder mit Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen, keine andere Aufgabe mehr zu kennen scheint, als die amtlichen Vertreter der Regierungen und die leitenden Beamten persönlich herunterzureißen und als unsfähig, unwissend und unglaublich darzustellen. Man kann sich vergleichen wol erklären in einem Lande, wo die Opposition die Absicht und die Möglichkeit hat, die Regierung zu übernehmen, falls

eine Erkältung verhindert, der Reichstagssitzung vom 9. Mai beiwohnen.

— Die Einladung des Berliner Magistrats an sämtliche deutsche Städte mit mehr als 10000 Einwohnern zum Städtetage, welche in gleichlautenden Schreiben an die dortigen Stadtbehörden abgegangen, ist vom Oberbürgermeister v. Forckenbeck unterzeichnet und hat folgenden Inhalt:

Auf Anregung einer größern Anzahl von städtischen Behörden haben wir uns entschlossen, die bedeutendern deutschen Städte zu einer Zusammenkunft einzuladen, in welcher gemeinsame Schritte gegen die drohenden Getreide- und Viehzölle zu berathen sind. Ist es doch unzweifelhaft, daß gerade die städtischen Behörden in dieser Frage als Hauptvertreter der Consumenten dastehen, denen sonst, im Gegensage zu den rührigen und mächtigen Producenten, jedes Organ, sich geltend zu machen, fehlt. Hat auch schon manche Stadtbehörde ihrer Pflicht, die Einwohner vor der drohenden Gefahr zu schützen, durch Petitionen an den Reichstag zu genügen gesucht, so wird ein gemeinsames Votum kurz vor dem Augenblicke der Entscheidung doch noch von besonderm Gewichte sein, und zwar um so mehr, als in neuerer Zeit und nach jenen ersten Petitionen, zahlreiche und gewichtige Kundgebungen für eine Erhöhung der beantragten Getreide- und Viehzölle vorliegen. Die Versammlung wird am 17. Mai, vormittags 11 Uhr, im Festsaale unsers Rathauses statthaben. Am Abende vorher finden sich die Theilnehmer eben daselbst zu einem zwanglosen Zusammensein ein.

— Dr. Karl Braun aus Wiesbaden hat sich, wie das Deutsche Montags-Blatt meldet, nun fest entschlossen, zum 1. Oct. mit dem Reichsgericht als Rechtsanwalt nach Leipzig überzusiedeln. Er ist vor wenigen Tagen bereits dort gewesen, um Wohnung zu mieten. Es dürfte in diesem Entschluß wohl zugleich bedingt ein Verzicht auf die fernere parlamentarische Thätigkeit liegen.

— Am 6. Mai ist nach langem Leiden der Reichstagsabgeordnete Landrat Dr. Hermann Schmalz verstorben. Derselbe vertrat im Reichstage den zweiten gumbinner Wahlkreis (Magnit, Pillkallen) und war Mitglied der deutschconservativen Fraktion.

Preußen. Die National-Zeitung schreibt: „Die Angelegenheit betreffend Auszahlung einer Pension an die verwitwete Königin Marie von Hannover und deren beiden Töchter ist, wie man uns schreibt, noch nicht zum Abschluß gelangt. Obgleich die preußische Regierung dem Antrage des altenburgischen Hofs auf Gewährung solcher Pensionen in Höhe der frühherrn hannoverschen Festsetzungen bereitwilligst zugestimmt hat, ist doch bis heute noch kein Termin bestimmt, vor welchem ab die Pensionen an die Berechtigten zu zahlen sind.“

Baiern. Der Norddeutschen Allgemeinen Beitung schreibt man aus München vom 9. Mai: „Seit ein paar Tagen wird gerüchtweise erzählt, der Kriegsminister Dr. v. Maillinger beabsichtige, sein Portefeuille in die Hand Sr. Maj. zurückzugeben, nachdem allerhöchstverselbe aus eigenster Entschließung einige Hauptmannspatente außer der Reihe verliehen und dies im Offiziercorps lebhafte Verstimmung zur Folge gehabt hat. Dasselbe Gerücht nennt eventuell den Generalmajor v. Fries, der erst kürzlich Baiern als Militärbevollmächtigter im Bundesrathe vertreten hat, und den Generalmajor v. Heinleth, fröhren General-

— Die angebliche Umkehr Dr. Döllinger's wird jetzt auch durch einen vom londoner *Guardian* gebrachten Brief auf das entschiedenste dementirt. Dieser Brief lautet:

Verschiedene Londoner Organe haben auss bestimmteste erklärt, daß Dr. Döllinger sich unterworfen und die vaticanicischen Decrete anerkannt hat. Ich habe soeben einen Brief desselben erhalten, in welchem er mich bittet, den nachstehenden Thatsachen die weiteste Verbreitung zu geben. Der gegenwärtige Papst schickte einen österreichischen Prälaten zu Dr. Döllinger mit der Botschaft: „Dico tibi quod non venga, perchd c'd un altro Papa.“ („Sagen Sie ihm, er soll kommen, weil ein anderer Papst da ist.“) Dr. Döllinger erwiderte, daß die Botschaft kaum ernstlich gemeint sein könne, da die Persönlichkeit dessen, welcher den päpstlichen Stuhl einnehme, nichts an den Thatsachen ändere. Später lud der Erzbischof von München, in fellhern Zeiten ein Schüler Dr. Döllinger's, denselben in einem zart (delicately) abgesagten Schreiben zu einem Wiedereintritt in die Gemeinschaft der römischen Kirche ein. Dr. Döllinger erwiderte „höflich, aber verständlich“, daß er keinen Schritt thun könne, welcher eine Anerkennung dessen im sich schließe, was er als eine Unwahrheit betrachte. In seinem Briefe an mich fügt derselbe hinzu, daß „er sich lieber die Hand abschneiden würde, als seinen Namen unter die vaticanicischen Decrete setzen“. Er habe niemals an vergleichen gedacht und alle gegenbeiligen Nachrichten seien „bloße Erfindungen“. Um ihm die Nothwendigkeit der Beantwortung zahlloser Briefe aus England und Amerika zu ersparen, wünscht Dr. Döllinger die weitmögliche Verbreitung der vorstehenden Erklärung.

vorstehenden Erklärung.  
5. Mai 1879. Malcolm-Wesell

KronFreiheit

\* Paris, 10. Mai. Im pariser Gemeindeathe discutirte man gestern über die Kosten, welche die Kirchen der Stadt verursachen. Es wurde ein Antrag zur Einführung der Leichenverbrennung niedergelegt. Schließlich wurde folgender Wunsch von Hrn. Davelacque einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen:

„Der Rath, in Abbetracht ic., spricht den Wunsch aus, daß die geistlichen Privilegien abgeschafft und die Geistlichen aller Culten dem Gemeinen Rechte unterworfen werden; daß die Transaction des Concordats, die täglich vom katholischen Klerus verletzt wird, als endgültig abgeschafft wird und daß das Parlament durch die Trennung der Kirchen vom Staate im Budget von 1880 keinen Credit für die Culten eintrage.“

Mehrere ultramontane Provinzialblätter, darunter der *Conservateur de l'Aisne*, fordern die Katholiken auf, die Zahlung der Steuern zu verweigern, wenn die Ferry'schen Unterrichtsverlagen angenommen würden.

Chesnelong setzte als Präsident des Comité für die katholischen Schulen eine Subscription in Bewegung, deren Ertrag zur Gründung von freien katholischen Schulen in allen denjenigen Gemeinden, welche an die Stelle der congregationistischen Lehrer solche aus dem Laienstande setzen, verwandt werden soll.

Dänemark

Das Folketing hat in seiner Sitzung am 9. Mai die sechs Krupp'schen Kanonen, welche für die Seeforts bestimmt sind, mit 53 gegen 39 Stimmen bewilligt.

Russland.

Der Wiener Abendpost berichtet man aus Petersburg vom 5. Mai: „Die Hinrichtung Dubrovin's fand erst Freitag, 20. April (2. Mai) statt, da erst am Abende vorher die Compagnie des wilmanstrandschen Infanterieregiments Erzherzog Albrecht, bei welchem der Verurtheilte gestanden hat, aus Staraia-Rus' hier angelangt war. Zum Hinrichtungsplatze war das Joannow'sche Ravelin der Festung gewählt worden. Hier war auf einer Erhöhung der Galgen errichtet, vor welchem die gedachte Compagnie und andere Truppen ein nach einer Seite offenes Bierock bildeten. Bald darauf führten die Gensdarmen den Verurtheilten herbei. Mit einem schwarzen Sterbesittel bekleidet und mit der Aufschrift «Hochverräther» auf der Brust, schritt er daher und sang eine Art russische Marfeillaise, in welcher er Nylejew, Odujewski und die andern im Jahre 1826 gehängten Hochverräther als Freiheitshelden pries und mit brüllender Stimme die Freiheit leben ließ. Trommelwirbel mußte sein Geschrei übertönen. Als ihm darauf der Lieutenant vom moskauischen Garderegiment Solowiew das Todesurtheil vorlas, unterbrach er denselben mit den Worten: «Läßt die Dummheit!» Dem Priester, welcher sich ihm mit dem Kreuze in der Hand näherte, lief er zu, er möchte sich zum Teufel scheren. Darauf stieg er festen Schrittes das Schafot und das Taurat unter denselben, schrie nochmals «Es lebe die Freiheit!» worauf der Henker ihm ein Leinentuch über den Kopf warf und zur Execution des Todesurtheils schritt. Wahrscheinlich wird in der nächsten Woche eine zweite Hinrichtung stattfinden. Infolge umfassender Geständnisse Solowiew's sind die Haupter Mörderbande arretirt.“

## Königreich Sachsen.

Leipzig, 12. Mai. Prinzessin Luise von Preußen traf mit Gefolge und Dinerschaft gestern Abend  $9\frac{1}{2}$  Uhr von Frankfurt a. M. hier ein und reiste um 9 Uhr 50 Min. über Dresden weiter nach Breslau. — Der Justizminister Ahelen, welcher vor gestern Abend hier eingetroffen war, reiste gestern Abend 8 Uhr nach Dresden zurück; ferner war gestern Vormittag der Kriegsminister v. Fabrice hier eingetroffen; derselbe begab sich nachmittags 3 Uhr wieder nach Dresden.

† † Leipzig, 12. Mai. Der Börsenverein deutscher Buchhändler hielt am heutigen Sonntage seine gewöhnliche Jahresversammlung ab, welche ungemein stark besucht war. Der Vorsitzende, Mr. Enßlin, trug den Jahresbericht vor, welcher unter anderem constatirt, daß im verflossenen Jahre dem Vereine mehr Mitglieder beigetreten sind als in irgend einem der früheren Jahre; freilich hat auch der Tod zahlreiche Opfer gefordert. Von Nichtmitgliedern sind 3 verstorben, von Mitgliedern 27, unter lebtern Theodor Einhorn in Leipzig (der Schatzmeister des Vereins), Karl Flemming in Glogau, Dr. Wilhelm Engelmann in Leipzig, Ferdinand Hirt in Breslau, Bädeker in Essen. Mit großem Beifall wurde die Kürtheilung des Vorsitzenden entgegengenommen, daß Vorstand und Ausschuß einstimmig beschlossen haben, im Saale der Buchhändlerbörse die Bildnisse zweier verdienter, kürzlich verstorbener Collegen: Dr. Salomon Hirzel und Julius Springer, anbringen zu lassen. Der Geschäftsbuchhaltungsbericht über das abgelaufene Jahr und der Haushaltspunkt für das nächste Jahr wurden nach Debatte genehmigt. Das Ergebnis der Neuwahlen war, daß Dr. Wilhelm Herz in Berlin zum Vorsitzenden, zum Schatzmeister Dr. Hößel hier, zum Christfürsorger Dr. Böhlaus in Weimar ernannt wurde. Über die Arbeiten der Commission, welche von der vorigen September in Weimar stattgefunden waren,

ferenz ernannt worden war, lag ein gedruckter Bericht vor, zu welchem Dr. Morgenstern aus Breslau noch eingehende Erläuterungen gab. Nach längerer Verhandlung beschloß man fast einstimmig, der Vorstand möge unter Beziehung der einzelnen Provinzial- und Localverbände eine Commission ernennen, welche unter Benutzung des von der erwähnten Commission vorbereiteten Materials ein Statut für die Reform des Börsenvereins ausarbeiten und der nächsten Cantate-Versammlung vorlegen soll. An die Versammlung schloß sich ein ebenfalls stark besuchtes gemeinsames Essen im Schützenhause.

† † Leipzig, 11. Mai. In einer außerordentlichen Versammlung des Kaufmännischen Vereins, an der auch eine Anzahl speciell geladener Gäste teilnahmen (man bemerkte unter andern den Oberbürgermeister Dr. Georgi, den Präsidenten der Handelskammer Dr. Wachsmuth, noch andere Mitglieder der Handelskammer, wie Kaufmann Schnoor), hielt unser Reichstagsabgeordneter Dr. Stephani am gestrigen Abende einen sehr eingehenden, klaren und interessanten Vortrag über die im Werke sejende neue Handelspolitik des Deutschen Reiches:

Redner berücksichtigt zunächst die Finanz- und Steuerreform. Diese sei berechtigt durch das Bedürfnis, dem Reich zu selbständigen Einnahmen zu verhelfen, die Matricularbeiträge abzuwenden und diese für die heimisch n. Bedürfnisse der Einzelstaaten verfügbare zu machen. Die Höhe der neuen indirekten Steuern sei gegeben durch das Bedürfnis des Reiches, also die Höhe der bisherigen Matricularbeiträge. Über diesen Bedarf dürfe man nicht hinausgehen, nicht das Reich zu einem freigiebigen Spender machen, der seine Überschüsse an die Einzelstaaten, an Gemeinden, Körperschaften ic. vertheile oder sie dazu verwende, einzelne direkte Steuern, z. B. die Klassensteuer in Preußen, abzuwenden. Sicherlich würden die in dem vorgelegten Tarif angemessenen Sätze für Tabak, Petroleum, Materialwaren ic. sich wesentlichkürzen lassen. Auf Gewährung der unerlässlichen constitutionellen Pflichten scheine die Regierung jetzt mehr bereit einzugehen als früher.

Was die Reform der wirtschaftlichen Zölle betrifft, so möge man nicht vergessen, daß die bisherige Handelspolitik mit uns erwachsen ist, daß sie unser Durchgangshandel, ferner die Einführung von Rohprodukten und Halbfabrikaten ebenso begünstigt hat wie unsere Ausfuhr von Ganzfabrikaten, daß sie aber auch die noch unentwickelten Industrien durch mögliche Schutzzölle gefördert hat, daß namentlich die Handelsverträge für die Sicherheit und Stetigkeit der Industrie sehr einflussreich gewesen sind, da sie unser ganzes wirtschaftliche Leben unabhängiger vom Auslande sich haben gestalten lassen. Redner wandte sich dann gegen die Behauptung, daß unsere bisherige Handelspolitik die Schuld an der jetzigen Krise trage, diese liege vielmehr an der unmöglichen Überproduktion, an dem Verschließen des amerikanischen Marktes, an der gänzlichen Umgestaltung des Gesamtverkehrs ic. Diesen zusammenwirksenden Ursachen gegenüber würden Schutzzölle sich nur als ein kleinstes Mittel erweisen, weniger noch wirksam für die Industrie als für die Landwirtschaft. An der bisherigen Handelspolitik sollte nur so viel geändert werden, als es die veränderten Verhältnisse erheissen; an den Grundzügen derselben sollte man unter allen Umständen festhalten. Die zur Abwehr zu ergreifenden Maßregeln sollten derart sein, daß sie nicht der Landwirtschaft und der Industrie allein zugute kämen, sondern auch dem Handel, dessen Bedeutung, namentlich als des ersten Pioniers der Kultur, man jetzt vielfach unterschätzt. Der vorliegende Tarif greife in vielen Fällen zu hoch und werde eine allgemeine Verhinderung zur Folge haben. Namentlich bedenkt seien die für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse vorgeschlagenen Steuern. Mehr noch sei aber zu fürchten, daß der betretene Weg nur der erste Schritt auf einer schiefen Ebene sein werde, welche immer weiter auf einer unglücklichen Bahn führen dürfte. Zuletzt beleuchtete Redner noch die Frage der sogenannten Kampf- oder Retortenzölle. Diese würden sich wohl empfehlen, wo es sich bezüglich eines einzelnen Artikels darum handelt, der ungerechten Belastung seitens eines bestimmten Landes zu begegnen, niemals jedoch dürften sie auf das gesamme Zollsystem einem Staate gegenüber ausgedehnt werden.

An diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich trotz der sehr vorgerückten Zeit eine ziemlich lebhafte Debatte, bei welcher die Interessen der Tabakindustrie, der Textilindustrie, des Handels ic. eine zum Theil sehr beredte, mit Thatsachen unterstützte Vertheidigung gegen die sie bedrohenden hohen Zollsätze fanden. Reichstagsabgeordneter Dr. Stephani erklärte sich mit den meisten der vorgebrachten Ausstellungen (z. B. betreffs der Staffelzölle bei den Garnen) einverstanden; betreffs des Tabakzolles äußerte er: so wenig er die allzu hohen Sätze billige, so werde er doch äußerstens auch dafür stimmen, damit nur das Gesetz zu Stande komme, einmal, damit die Ungewissheit aufhöre, welche auf die ganze Tabakbranche drücke, und sodann, weil er starken Grund habe, zu fürchten, daß, wenn das Gesetz nicht zu Stande komme, das nächste Jahr uns den weiter gehenden Plan des Tabakmonopols bringen werde.

\* Leipzig, 12. Mai. Unser trefflicher akademischer Gesangverein Arion feiert heute das 30. Jubiläum seiner Begründung und zwar, was doppelt erfreulich, noch unter denselben tüchtigen Leiter Herr-Director Richard Müller, unter dem er am 12. Mai 1849 ins Leben trat. Der heutige Stiftungstag wird durch einen Festcommers als Vorfeier begangen; die Hauptfeier soll im Anfang Juli stattfinden.

— In Meißen haben sich die dortigen Cigarrenfabrikanten an den Stadtrath mit einer Eingabe

gewendet, worin sie unter dem Ansführen, daß mit Eintritt der Tabakdönachsteuer die Händler mit Tabakfabrikaten bis zur Räumung ihrer Vorräthe neue Einkäufe nicht machen werden und daher für die Fabrikanten eine Pause von mindestens vier bis sechs Monaten eintreten müßte, die „infolge dieser Stockung beroßt werdenden Arbeiter der Fürsorge des Stadtrathes empfehlen.“

\* Leipzig, 12. Mai. Zum gestrigen Messontage waren auf der Dresdner Bahn 4800, auf der Magdeburger über 2000, auf der Bairischen 4300 und auf der Thüringischen Bahn 2800 Personen hier eingetroffen; von Berlin brachte vormittags 11 Uhr ein Extrazug gegen 500 Personen. — Auf einem Neubau in der Osterstraße war am Freitag voriger Woche der 64 Jahre alte Zimmerman R. von hier von dem Gerüst, an welchem sich einige Schrauben verloren haben möchten, hinunter auf einen Steinbauen gefügt; er hatte sich dabei schwere innere Verletzungen zugezogen, infolge deren er in der Nacht zum Sonntag im Krankenhaus verstorben ist.

— Die französische Regierung hat durch das Ministerium des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste dem Director des Museums für Volkskunde in Leipzig, Dr. med. Hermann Obst, die Auszeichnung eines Offizier d'Academie und die damit verbundene Decoration der Palmen der Akademie verliehen.

### Handel und Industrie.

\* Bremen, 10. Mai. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,70, per Juni 8,50, per Juli 8,45 per August-December 8,75.

\* Antwerpen, 10. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 21/4 bei. u. Br., per Juni 21 Br., per September 21/4 Br., per September-December 22 Br., u. Br. Ruhig.

\* Glasgow, 10. Mai. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,70, per Juni 8,50, per Juli 8,45 per August-December 8,75.

\* Liverpool, 10. Mai. Petroleumolle. (Schlußbericht.) Umtag 70000 Gallonen durch Speculation und Export 1000 Gallonen. Ölangebot 1000 americanische Mai-Zuni-Erwerbung. Ölangebot 1000 Lieferung 6%. Verschiffung pr. Dampfer Ende-October 6 1/2%.

\* Potterie. \* Leipzig, 11. Mai. In der heutigen siebten Biegung 5. Klasse 10. Königlich Sachsischer Landeslotterie fielen folgende Gewinne auf die beigelegten Nummern: 300 000 M. auf die 4178; 150000 M. auf Nr. 4216; 15000 M. auf Nr. 17618; 5000 M. auf die Nr. 4503, 9423, 26279, 5181, 17004, 43439, 98908, 3000 M. auf die Nr. 1007, 4039, 8001, 8805, 14554, 20385, 22596, 22672, 31875, 36534, 38438, 47936, 47946, 5157, 55852, 57100, 60812, 64322, 66392, 70994, 71749, 7943, 75796, 76457, 88489, 90301, 92821, 96210, 1000 M. auf die 5, 78, 3656, 5743, 9942, 10815, 13959, 18199, 20147, 24977, 25148, 25239, 32331, 3417, 34969, 35626, 4176, 43941, 49350, 49598, 49854, 58762, 61550, 65361, 67687, 67698, 69389, 69745, 70366, 71838, 72002, 77587, 92157, 92504, 93427, 94356, 99628, 99629, 99630, 99631, 99632, 99633, 99634, 99635, 99636, 99637, 99638, 99639, 99640, 99641, 99642, 99643, 99644, 99645, 99646, 99647, 99648, 99649, 99650, 99651, 99652, 99653, 99654, 99655, 99656, 99657, 99658, 99659, 99660, 99661, 99662, 99663, 99664, 99665, 99666, 99667, 99668, 99669, 99670, 99671, 99672, 99673, 99674, 99675, 99676, 99677, 99678, 99679, 99680, 99681, 99682, 99683, 99684, 99685, 99686, 99687, 99688, 99689, 99690, 99691, 99692, 99693, 99694, 99695, 99696, 99697, 99698, 99699, 996100, 996101, 996102, 996103, 996104, 996105, 996106, 996107, 996108, 996109, 996110, 996111, 996112, 996113, 996114, 996115, 996116, 996117, 996118, 996119, 996120, 996121, 996122, 996123, 996124, 996125, 996126, 996127, 996128, 996129, 996130, 996131, 996132, 996133, 996134, 996135, 996136, 996137, 996138, 996139, 996140, 996141, 996142, 996143, 996144, 996145, 996146, 996147, 996148, 996149, 996150, 996151, 996152, 996153, 996154, 996155, 996156, 996157, 996158, 996159, 996160, 996161, 996162, 996163, 996164, 996165, 996166, 996167, 996168, 996169, 996170, 996171, 996172, 996173, 996174, 996175, 996176, 996177, 996178, 996179, 996180, 996181, 996182, 996183, 996184, 996185, 996186, 996187, 996188, 996189, 996190, 996191, 996192, 996193, 996194, 996195, 996196, 996197, 996198, 996199, 996200, 996201, 996202, 996203, 996204, 996205, 996206, 996207, 996208, 996209, 996210, 996211, 996212, 996213, 996214, 996215, 996216, 996217, 996218, 996219, 996220, 996221, 996222, 996223, 996224, 996225, 996226, 996227, 996228, 996229, 996230, 996231, 996232, 996233, 996234, 996235, 996236, 996237, 996238, 996239, 996240, 996241, 996242, 996243, 996244, 996245, 996246, 996247, 996248, 996249, 996250, 996251, 996252, 996253, 996254, 996255, 996256, 996257, 996258, 996259, 996260, 996261, 996262, 996263, 996264, 996265, 996266, 996267, 996268, 996269, 996270, 996271, 996272, 996273, 996274, 996275, 996276, 996277, 996278, 996279, 996280, 996281, 996282, 996283, 996284, 996285, 996286, 996287, 996288, 996289, 996290, 996291, 996292, 996293, 996294, 996295, 996296, 996297, 996298, 996299, 996300, 996301, 996302, 996303, 996304, 996305, 996306, 996307, 996308, 996309, 996310, 996311, 996312, 996313, 996314, 996315, 996316, 996317, 996318, 996319, 996320, 996321, 996322, 996323, 996324, 996325, 996326, 996327, 996328, 996329, 996330, 996331, 996332, 996333, 996334, 996335, 996336, 996337, 996338, 996339, 996340, 996341, 996342, 996343, 996344, 996345, 996346, 996347, 996348, 996349, 996350, 996351, 996352, 996353, 996354, 996355, 996356, 996357, 996358, 996359, 996360, 996361, 996362, 996363, 996364, 996365, 996366, 996367, 996368, 996369, 996370, 996371, 996372, 996373, 996374, 996375, 996376, 996377, 996378, 996379, 996380, 996381, 996382, 996383, 996384, 996385, 996386, 996387, 996388, 996389, 996390, 996391, 996392, 996393, 996394, 996395, 996396, 996397, 996398, 996399, 996400, 996401, 996402, 996403, 996404, 996405, 996406, 996407, 996408, 996409, 996410, 996411, 996412, 996413, 996414, 996415, 996416, 996417, 996418, 996419, 996420, 996421, 996422, 996423, 996424, 996425, 996426, 996427, 996428, 996429, 996430, 996431, 996432, 996433, 996434, 996435, 996436, 996437, 996438, 996439, 996440, 996441, 996442, 996443, 996444, 996445, 996446, 996447, 996448, 996449, 996450, 996451, 996452, 996453, 996454, 996455, 996456, 996457, 996458, 996459, 996460, 996461, 996462, 996463, 996464, 996465, 996466, 996467, 996468, 996469, 996470, 996471, 996472, 996473, 996474, 996475, 996476, 996477, 996478, 996479, 996480, 996481, 996482, 996483, 996484, 996485, 996486, 996487, 996488, 996489, 996490, 996491, 996492, 996493, 996494, 996495, 996496, 996497, 996498, 996499, 996500, 996501, 996502, 996503, 996504, 996505, 996506, 996507, 996508, 996509, 996510, 996511, 996512, 996513, 996514, 996515, 996516, 996517, 996518, 996519, 996520, 996521, 996522, 996523, 996524, 996525, 996526, 996527, 996528, 996529, 996530, 996531, 996532, 996533, 996534, 996535, 996536, 996537, 996538, 996539, 996540, 996541, 996542, 996543, 996544, 996545, 996546, 996547, 996548, 996549, 996550, 996551, 996552, 996553, 996554, 996555, 996556, 996557, 996558, 996559, 996560, 996561, 996562, 996563, 996564, 996565, 996566, 996567, 996568, 996569, 996570, 996571, 996572, 996573, 996574, 996575, 996576, 996577, 996578, 996579, 99

Leipziger Börse.

12. 雷電。

Wachsel.

WAGENBUR.			
Amsterdam pr. 100 Gul. fl. . . . .	{	K. S. p. 8 T.	169,50 G
Cassel und Antwerpen pr. 100 Fos.	{	I. S. p. 2 M.	168,50 G
Denden pr. 1 L. Sterl. . . . .	{	K. S. p. 8 T.	81,15 G
— pr. 100 Francs . . . . .	{	I. S. p. 3 M.	86,50 G
	{	K. S. p. 8 T.	20,43 G
	{	I. S. p. 3 M.	20,35 G
	{	K. S. p. 8 T.	81,20 B
	{	I. S. p. 3 M.	80,65 G

### Deutsche Fonds.

do.	do.	do.	v.	300	M	3	11.	1/7	78,75	ba
do.	do.	do.	do.	3			14.	1/10	75,90	ba
do.	do.	do.	do.	3			14.	1/10	97 G	
S. St.-Anl.	v.	1830	v.	1000	u.	500	v.	3		
	-	1830	-	200	-	25	v.	3	de.	97 B
do.	-	1855	-	100	v.	-	-	3	do.	87 ba
do.	-	1847	-	500	v.	-	4		do.	99 ba
do.	-	1852-58	v.	500	v.	3	4	11.	1/7	99 ba
do.	-	1859	-	500	v.	-	4	do.	99 ba	
do.	-	1852-58	-	100	v.	4	4	do.	99,40	B

do.	- 1852-65	- 100	- 4	do.	99,40 R
do.	- 1859 v.	100	- 4	do.	99,35 G
do.	- - -	50	25	do.	-
do.	- 1870	- 100	50	do.	102,40 G
do.	- - -	500	- 4	do.	102,40 G
do.	- - -	- 100	- 4	do.	99,35 R
do.	v. 1867 abg. abh. 50	Z. S. I	4	do.	99,35 RS
do.	v. 1867 abg. abh. 50	Z. S. II	4	do.	99 R
do.	Lob.-Zittau Lit. A & 100	do	31	do.	99 G
	B & 25	do	4		-

do.	- B. E. 25 $\frac{1}{2}$ G	do.	105,00 G	
do.	Act. d. e. S. Sch. E. & 100 $\frac{1}{2}$ G	do.	103,25 G	
do.	Albb.-Pr. I. u. II. E. & 100 $\frac{1}{2}$ G	{ 1/4, 1/10	104,25 G	
do.	III. E. & 100 $\frac{1}{2}$ G	do.	89 G	
L. Landrenteabr. v. 1900 u. 500 $\frac{1}{2}$ G	31/3	do.	96 G	
do.	- 100 - 12 $\frac{1}{2}$ G	31/3	1/1, 1/4	98,20 B
do.	I. Galt.-Rentsch. S. I. & 500 $\frac{1}{2}$ G	do.	98,25 G	
do.	do.	III. & 100 $\frac{1}{2}$ G	31/3	94,75 G
Bitter.Cr.-V.Pfdbr. & 500 $\frac{1}{2}$ G	31/3	do.	94,50 G	
do.	- 100 - 25 $\frac{1}{2}$ G	31/3	do.	

do.	do.	v. 100-25 $\varphi$	31/3	do.	88,30 G
do.	do.	- 500 $\varphi$	32/3	do.	89,35 G
do.	do.	- 100-25 $\varphi$	33/3	do.	97,75 G
do.	do.	- 2000-500 $\varphi$	4	do.	97,50 G
do.	do.	- 100-25 T.v.100M.4	do.	96 G	
Lw.C.-V.-Pfdh.verlb.180x500m.100- $\varphi$		4	do.	96 G	
do.		- v.180x500-25 $\varphi$	4	do.	99 G
dd.		kündbare - 500-25 $\varphi$	4	1/4, 1/10	101,60 G
Lw.Cibr.-Pfdh.L.C.-V.i. S. 500-25 $\varphi$		4	1/1, 1/7	31 G	
do.	do.	- 100-25 $\varphi$	6	do.	

Landesverband Pfdschr. v.	100—10	4	3	do.	81 G.
do.	—1000—50	4	31	do.	88 G.
do.	kdb. 5Mon. v.	1000—50	4	do.	99,50 G.
do.	v. 1000—100	4	4	do.	96,50 G.
do.	verlosh. v. 1000—100	4	4	do.	98 G.
do.	kdb. 12 M. v.	1000—100	4	do.	99,50 G.
do.	do. 1880—500 U.	100	4	do.	100,75 G.
Landesverband d. A. D. Cr.-A. v.	1000—300	4	4	do.	101,50 G.
do.	do. 100	4	5	do.	103,75 G.

do.				
11d.Osmm.Bk.f.d.K.S. & 500	M.	.4	J.	57,15,-
do. do. 1000-300	M. 4½	do.	100,50,-	
do. do. 100	M. 5	do.	20,-	
11d.Pr.Ctr.B.Cr.A.-G.v.1000-50	M.			
	1110-fürdruckz. 4½			
do. do. 1110-fürdruckz. 5				100,-
do. do. 1100-fürdruckz. 5				100,-
A.Sch.H.NdH.G.-Cr.-B.v.1000-50	M. 5			100,-
11d.Pr.Hyp.Act.-Bk. & 120-fürdruckz. 4½				

W. d. Fr. Hyp. Act. B. v. 1000-1000	100-100
do. do. 1100-#Rucks. 5	100-100
do. do. 1100-#Rucks. 5	100-100
W. d. Stdd. Bod.-Cr.-B. v. 1000-1000	100-100
	III. Series
do. do. IV. u. V. 5.41	100-100
chäsch. d. Mansf. Gewkach. v. 200-#41	100-100
do. v. 1000-200 #. 5	100-100
do. E.1815 v. 5000-500. K. 5	100-100
do. Hyp.-Rk.-Sch. v. 500-50 #. 4	100-100

ap. Hyp.-Rn.-Sch. v.	500	- 50	q.v.	4.1/2	20	9.1
do.	do.	- 500	- 50	4.1/2	20	9.1
do.	do.	- 500	- 50	q.v. bish.	4.1/2	20
do.	Stadt-Obligat.	- 100	u. 50	q.v.	3	10.1
do.	do.	- 500	- 50	q.v.	4	10.1
do.	do.	- 500	- 100	u.K.	4.1/2	20
do.	do.	- 500	- 100	u.K.	4.1/2	20
do.	do.	- 500	- 100	u.K.	4.1/2	20
do.	do.	- 2000	- 500	u.K.	4.1/2	20
do.	do.	- 500	- 50	q.v.	5	10.1
do.	do.	- 1500	- 300	u.K.	4.1/2	20

Committee do.	- 1800-500 $\varphi$	4/3	
do. do.	- 1000-50 $\varphi$	5	1/1
Landes Stadt-Anleihe v. 1879	4	1/1	1/1
Pruss. St.-Schuldsch.v. 1800 - 25 $\varphi$ 31/2%	4	1/1	1/1
do. do. cons. - 5000-200 $\varphi$	4		50 b
do. do. do. - 1800-50 $\varphi$ 4 1/2%	4	1/4, 1/10	105,90 G
Hamburg. Staats-Rente 2000-500 $\varphi$ 3 1/2%	4	1/2, 1/8	86 G
Herrn Bad.-Präm.-Anl. 100 $\varphi$	4	1/2, 1/8	130 B
Sächsische do. - 100 $\varphi$	4	1/6	130 B
H. St. Eisenb.-Anl.v. 1800-500 $\varphi$	4	diverse	95,25 b

B-St.-Eisenb.-Ant.v.	10000—200	W. 4	diverse	30,40 ba
D-Pb. d.D.G.-Ort-Bk.	I. S. & 100	W. 5	1/1, 1/7	114,35 B
do.	do.	II. — 100	W. 5	111 B
do.	III.S.v.	1000-1000+5 & 110 rückz. 5	do.	103,25 ba
do.	III.B.	3000-300+5 & 110% „	do.	103,25 ba
do.	v.1000—100	+5 & 110 +5 rückz. 4 <sup>1/2</sup> /s	do.	96,25 ba 4
D-Pb. d.D. Hyp.-Bk.	Mein. & 100	+5 4	1/2	113,50 G
Banschw. 20-Thir.-Loose	—	—	—	86 G

Bank-Disconto.		
Amsterdam	3½%	Brüssel 3 ¼%
Paris	3%	Petersburg 6%
		Reichsbank 3%
		Wien 4%
Sorten.		
Sollwicht. Preuss. Friedrichsdor	pr. Stück	16,40 G
1 Ruzz. wicht. 2½ Impérials & 5 Rubel	do	16,69 G
2 France-Stücke	do	16,24 G

\* \* \* \* \* \* \* \* \*

Österreicherliche Ducaten . . . . .	pr. Stück	9,55 G
Sold pr. Zollpfund fein		—
verschissene Ducaten pr. 500 Gramma brutto .		—
Über pr. Zollpfund fein		—
Österreicherliche Silbergulden . . pr. 100 fl. Ost. W.		174 B
do. 1½ Gulden . . . . .	do.	174 M
do. Silbercoupo. v. Staatsanl. . . . .	do.	173,40 B

Eisenb.-Stamm-Akt.	%	Div. 78	Zins-Term'
Altenburg-Zeitz @ 100	8	4	11
Ausser-Tonlinie @ 9000.00	4	11	do

Leipzig-Teplitz & 200 fl. P. . .	4	11	do.	144,25 G
Bergisch-Märkische & 100 fl. P. . .	4	4	do.	88,50 G
Berlin-Anhalt & 200 fl. P. . .	4	5	1/1, 1/7	91,10 G
Berlin-Dresden & 100 fl. P. . .	4	0	14 78	13,50 G

Neues Theater. Dienstag, 13. Mai.  
Posttheaters, vom Stadttheater in Hamburg. Wall

— 1 —

## Anf ü n d i g u n g e n.

## Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 13. Mai. Vorlehrte Gastdarstellung des Herrn Ludwig Barnay, Ehrenmitglieds des Herzogl. Sachsen-Weiningenschen Hoftheaters, vom Stadttheater in Hamburg. *Wallenstein's Lager*. *Die Piccolomini*. Wallenstein — Herr Ludwig Barnay. (129. Abonnements-Vorstellung.)

